



# Demografischer Basisbericht 2024

## **Impressum:**

Herausgeber: Stadt Lüdenscheid  
Stabsstelle Demografie/Sozialplanung

Redaktion: Michael Teicke

Titelbild (Copyright): LSM

Bezugsadresse: Stadt Lüdenscheid  
Stabsstelle Demografie/Sozialplanung  
Rathausplatz 2  
58507 Lüdenscheid  
Tel. 0 23 51 – 17 1136  
Email: [demografie@luedenscheid.de](mailto:demografie@luedenscheid.de)

Für Hinweise oder Rückfragen bitte oben genannte Kontaktmöglichkeiten nutzen.

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	- 1 -
Bevölkerungsentwicklung im Zeitvergleich .....	- 3 -
Veränderung der Bevölkerung im Vergleich .....	- 4 -
Bevölkerungsbewegung .....	- 5 -
Wanderungssaldo nach Altersgruppen .....	- 6 -
Altersstrukturentwicklung in 5 Jahresschritten mit Prognose .....	- 7 -
Jugend- und Altenquotient .....	- 8 -
Migrationshintergrund in der Bevölkerung im Zeitvergleich .....	- 9 -
Bevölkerung in den Bezirken .....	- 10 -
Altersstruktur in den Bezirken .....	- 11 -
Bevölkerung nach Altersgruppen in den Bezirken 31.12.2023 .....	- 12 -
Migrationshintergrund in den Bezirken .....	- 13 -
Berufspendler*innen .....	- 14 -
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte .....	- 15 -
Arbeitslosenquote im Zeitvergleich .....	- 16 -
Mindestsicherungsquote im Zeitvergleich .....	- 17 -
Mindestsicherungsquoten nach ausgewählten Personengruppen .....	- 18 -
SGB-II-Quote insgesamt und unter 18 Jahre .....	- 19 -
SGB-II-Quote in den Bezirken .....	- 20 -
SGB-II-Quote unter 18-Jahren in den Bezirken .....	- 21 -
Sozialhilfe insgesamt und über 65 Jahre .....	- 22 -
Sozialhilfe in den Bezirken .....	- 23 -
Leistungsempfänger*innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz .....	- 24 -
Beratungen zu Verbraucherinsolvenzen im Zeitverlauf .....	- 25 -
Beratungsfälle in der Schuldnerberatung im Zeitverlauf .....	- 26 -
Wohnberechtigungsscheine im Zeitverlauf .....	- 27 -
Geförderter Wohnraum im Zeitverlauf .....	- 28 -
Sozialpassinhaber*innen im Zeitverlauf .....	- 29 -
Literaturverzeichnis .....	- 30 -

## Einleitung

Im Rahmen des Weiterentwicklungs- und Fortschreibungsprozesses zum Demografiekonzept wurde im Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie festgelegt, dass ein regelmäßiges, demografisches Berichtswesen eingeführt wird, das sich in einen jährlichen Basisbericht und einen umfangreichen Demografiebericht, welcher turnusmäßig alle 5 Jahre erarbeitet wird, aufteilt. Dies ergänzt das statistische Monitoring.

Bedarfsbezogen unterstützt die Stabsstelle Demografie die diversen Fachbereiche und –dienste und bietet datenbezogen ihre Mitarbeit bei der Erarbeitung und Erstellung von themenbezogenen Fachberichten, Fachplanungen und Förderanträgen in der Verwaltung an. Der Schwerpunkt liegt hier in der Aufbereitung und Auswertung fachspezifischer Daten und in der Beratung bei der Auswahl statistischer Schwerpunkte.

In dem hier vorliegenden Basisbericht für das Jahr 2024 ist eine Auswahl von Kernindikatoren, die im Zeitverlauf und teilweise auch detailliert auf der Bezirksebene betrachtet werden, zu finden. Vereinzelt bietet sich bei der Betrachtung im Zeitvergleich auch ein räumlicher Vergleich mit der Entwicklung auf Kreis- und Landesebene an, um Besonderheiten herauszuarbeiten.

Der Schwerpunkt der Indikatorenauswahl liegt im Bereich Demografie; daneben wurden einzelne Indikatoren zum Arbeitsmarkt, Migration und sozialer Sicherung ausgewählt. Besonders der Bereich der sozialen Sicherung wurde etwas erweitert, um im Rahmen der Zusammenarbeit mit den örtlichen Wohlfahrtsverbänden, Institutionen und den politischen Gremien eine aktuelle Datengrundlage für die Auswahl von etwaigen Schwerpunktthemen vorliegen zu haben und grundlegende Entwicklungen zeitnah zu erkennen. Besonders durch die Einführung des Bürgergeldes im Jahr 2023 und die inflationäre Anpassung weiterer sozialer Leistungen sollen die Auswirkungen zeitnah beobachtet werden.

Die Situation in Lüdenscheid ist weiterhin aufgrund der Sperrung der Autobahn schwierig. Neben entstehenden infrastrukturellen Problemen, besonders im Verkehrsbereich, sind auch die Auswirkungen der bundesweiten und globalen Entwicklungen sehr deutlich zu spüren. Viele Unternehmen aus Lüdenscheid und Umgebung haben sich auf die Autoindustrie spezialisiert, welche sich gerade in einem großen Umbruch befindet. Es ist damit zu rechnen, dass in diesem Bereich Arbeitsplätze abgebaut werden. Ebenso belasten die Energiekosten, besonders die Stromkosten, welche sich weiterhin auf recht hohem Niveau befinden, sowohl die Unternehmen als auch die Bürgerinnen und Bürger.

Dazu kommt der sich abzeichnende demografische Wandel, der insbesondere durch das anstehende Erreichen des Ruhestandsalters der Babyboomer weitreichende Auswirkungen auf die Lüdenscheider Gesellschaft haben wird. Der Mangel an Fachkräften ist bereits jetzt deutlich zu spüren und wird sich weiter verstärken. War dies bisher eher eine Entwicklung, die dem Einzelnen nicht so präsent war, so sind fehlende Fachkräfte nun deutlich spürbar. Man denke hier an die ärztliche Versorgung, den Wegfall von Apotheken vor Ort oder den Ausfall von (Schul-) Bussen, wenn zusätzlich zur dünnen Personaldecke noch Mitarbeitende erkranken.

Als Folge des Angriffskrieges Russlands leben weiterhin viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Lüdenscheid. Daraus folgt die Notwendigkeit für die Integration dieser Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt, in die Sozialsysteme, in Schulen sowie Kindertagesstätten. Zudem muss die Versorgung mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum sichergestellt werden.

Die Auswirkungen der verschiedenen Entwicklungen sind noch nicht abschätzbar. Tendenziell kann man von einem Voranschreiten der allgemeinen Bevölkerungstrends ausgehen. Durch Abwanderung und den negativen natürlichen Bevölkerungssaldo wird die Bevölkerungszahl weiter sinken, wobei es kurzfristig durch die Fluchtbewegung aus der Ukraine und aus anderen Krisenregionen zu einer Bevölkerungszunahme kam. Die Lebenserwartung ist gestiegen, gleichzeitig wurden in den letzten Jahrzehnten immer weniger Kinder geboren. Dies führt im Schnitt zu einer immer älteren Bevölkerung.

Die Zuwanderungsgeschichte in Lüdenscheid, die nicht nur durch die Fluchtbewegung der Jahre 2014 bis 2016, sondern insbesondere durch die „Gastarbeiter“ der 1960er und 70er beeinflusst wurde, lässt sich in der Statistik an der Zahl der Einwohner\*innen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft ablesen. Diese Zahl steigt in der Tendenz. Zuwanderung war ein elementarer Bestandteil der Wohlstandsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte. Auch in Zukunft wird zur Aufrechterhaltung von Wohlstand und Versorgung eine kontinuierliche Zuwanderung benötigt. Hier sei als Beispiel der Gesundheits- und Pflegesektor in Lüdenscheid genannt, in dem schon heute eine hohe Anzahl ausländischer Fachkräfte eingebunden sind.

Dieser dritte Basisbericht widmet sich aufgrund der Aktualität des Themas, wie auch schon im Vorjahr, schwerpunktmäßig dem Thema Armut. Um Armut sichtbar zu machen gibt es mehrere Ansätze. Hier wird auf eine Definition über das Mindestsicherungsprinzip zurückgegriffen, wie auch im aktuellen Sozialbericht NRW 2020.

„Danach ist von Armut bedroht, wer seinen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten kann und von staatlichen Mindestsicherungsleistungen abhängig ist. (...) Mindestsicherungsleistungen sind finanzielle Hilfen des Staates, die zur Sicherung des sozioökonomischen Existenzminimums an leistungsberechtigte Personen gezahlt werden.“

Dies umfasst folgende Leistungen:

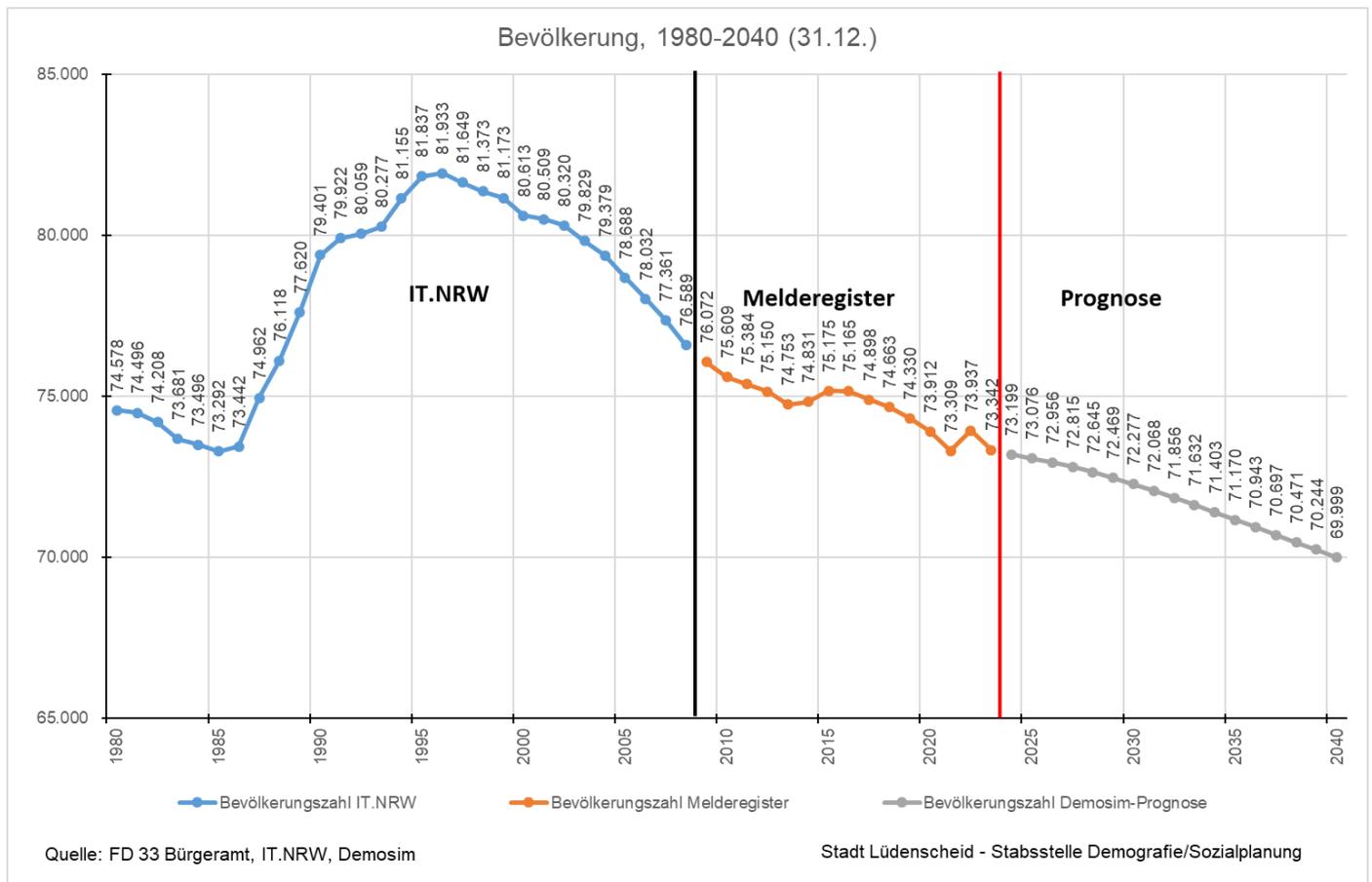
- Gesamtregelungen nach dem SGB II: Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitssuchende“,
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“,
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Diese Betrachtung ist abhängig vom System der sozialen Sicherung. Deswegen ist ein Zeitvergleich über etwaige Systemwechsel, wie beispielsweise bei Einführung der Hartz-Reformen 2005 nicht sinnvoll.

Der Vorteil dieser Definition ist, dass belastbares Datenmaterial, auch über einen längeren Zeitraum und bundesweit vergleichbar, vorliegt. Der Nachteil ist, dass nur diejenigen erfasst werden, die auch tatsächlich Mindestsicherungsleistungen beziehen. Wenn ein Anspruch auf Mindestsicherungsleistungen besteht, diese aber nicht beantragt werden, spricht man von „verdeckter Armut“. Gründe dafür können beispielsweise Informationsdefizite, Scham, Stigmatisierungsängste und die Antizipation von zu hohen Transaktionskosten sein.

Auch wenn beim Studieren des Berichtes möglicherweise der Eindruck erweckt werden könnte, dass sich vieles negativ entwickelt, ist dies nicht das Ziel. Vielmehr sollen Trends und Entwicklungen frühzeitig sichtbar gemacht werden, um den vielen engagierten Menschen und Institutionen in Lüdenscheid zu ermöglichen, sich an die Veränderungen anzupassen und neue Wege zu eröffnen.

## Bevölkerungsentwicklung im Zeitvergleich



Es lassen sich vier Phasen der Bevölkerungsentwicklung seit 1980 identifizieren. Es beginnt mit einem leichten Bevölkerungsrückgang von 74.578 (1980) um 1.286 auf 73.292 Einwohner\*innen 1985. Darauf folgt ein rasanter Anstieg um 8.641 auf 81.933 Einwohner\*innen bis 1996. Seitdem sinkt die Bevölkerung kontinuierlich, mit Ausnahme der Jahre 2014/15 und 2022.

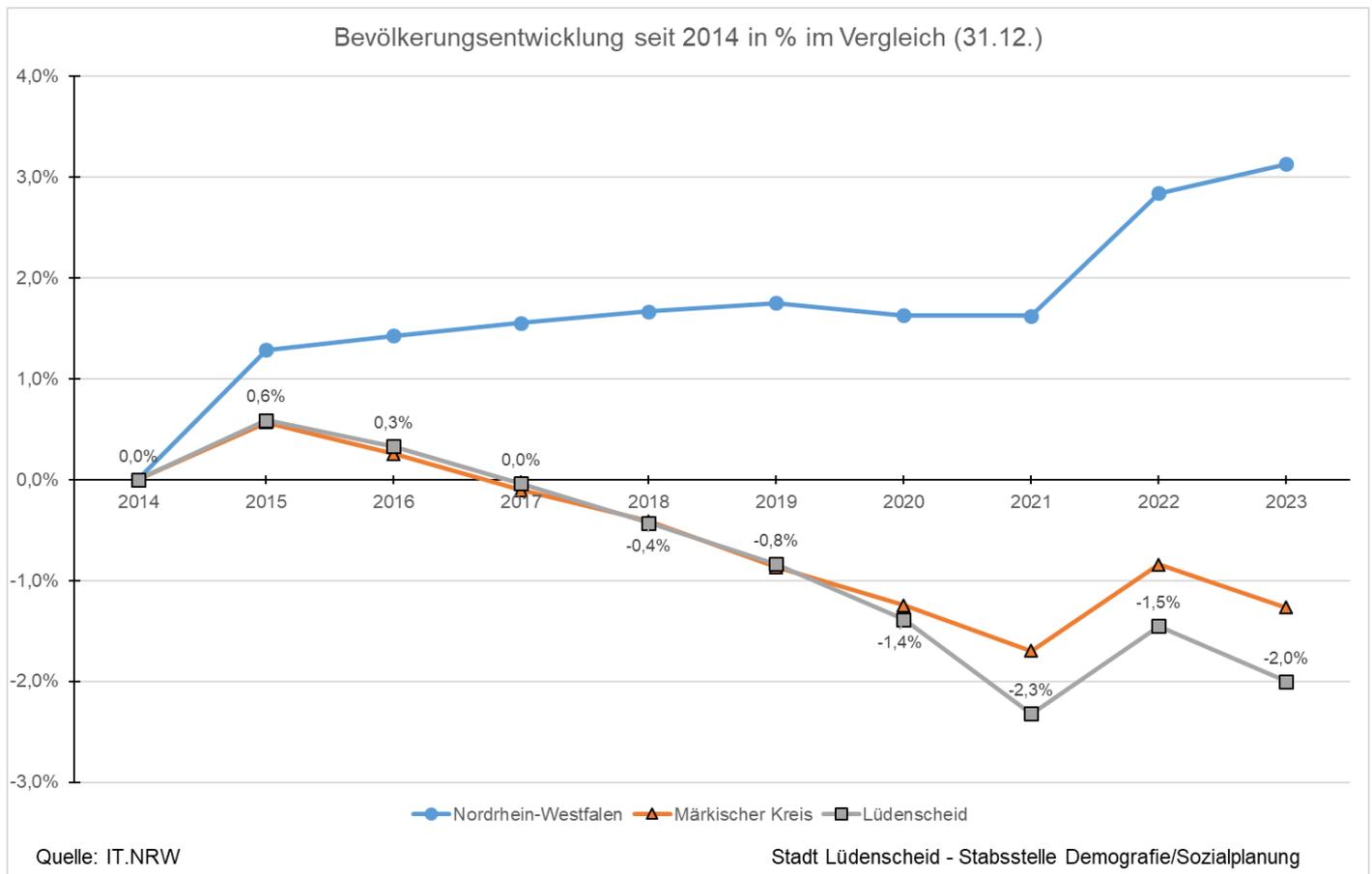
Für das erste Demografiekonzept der Stadt Lüdenscheid wurde eine Bevölkerungsprognose beim Statistischen Landesamt NRW (IT.NRW) in Auftrag gegeben. Es ging bis 2020 von einem Rückgang auf 67.454 bis 74.261 Einwohner\*innen aus. Zum 31.12.2020 lag die Bevölkerung nun tatsächlich bei 73.912 Einwohner\*innen und sank bis zum 31.12.2023 auf 73.342 Einwohner\*innen ab.

Die letzte Prognose der Statmath GmbH (Demosim) geht von einer Weiterführung des Abwärtstrends aus. Bis 2030 sinkt die Bevölkerung auf etwa 72.277 Einwohner\*innen, bis 2040 wird ein weiterer Bevölkerungsverlust auf etwa 69.999 Einwohner\*innen erwartet.

Die Bevölkerungsentwicklung ist von vier Faktoren abhängig: Geburten, Sterbefälle, Zuwanderung, Fortwanderung. Seit 1980 wurde nur in den Jahren 1990 und 1991 ein leichter Geburtenüberschuss von 47 bzw. 3 Personen verzeichnet. Deutliche Bevölkerungsgewinne wurden in dieser Zeit nur durch Zuwanderung erzielt.

Ohne die Fluchtmigration 2015 und 2022 wäre der Bevölkerungsverlust wahrscheinlich deutlich höher ausgefallen. Mittel- und Langfristig ist von einem weiteren Bevölkerungsverlust auszugehen, aber diese unerwarteten Ereignisse führen dazu, dass aktuell Prognosen mit einer großen Unsicherheit behaftet sind.

## Veränderung der Bevölkerung im Vergleich

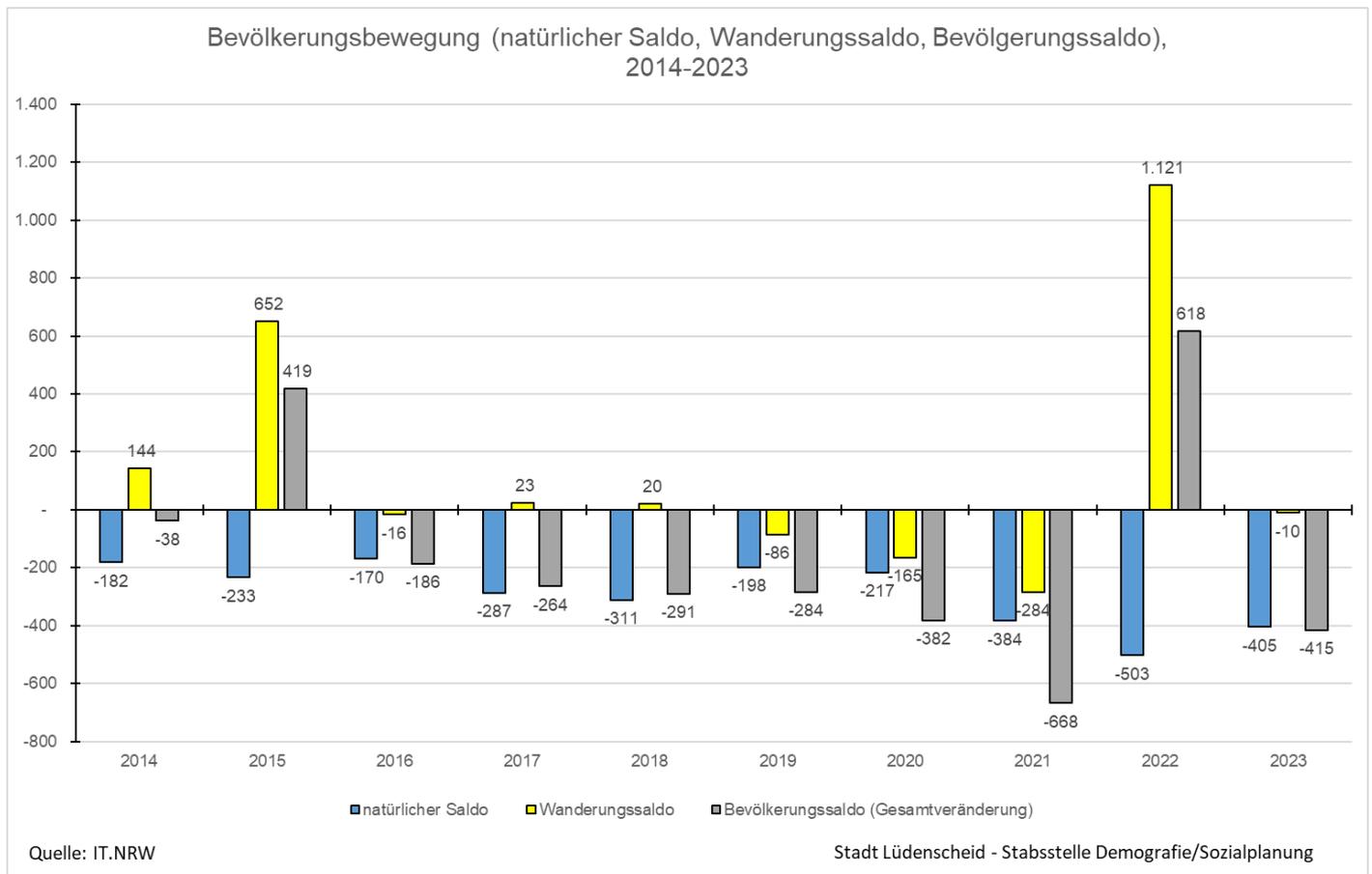


Der Vergleich der Bevölkerungsentwicklung Lüdenscheids mit der Veränderung im Land NRW sowie dem Märkischen Kreis zeigt, dass der Demografische Wandel bzw. die damit verbundenen Bevölkerungsverluste nicht festgeschrieben sind.

In Lüdenscheid und dem Märkischen Kreis kam es zwischen 2014 und 2023 zu einem Rückgang der Bevölkerung, der nur kurz durch die Ereignisse 2014/15 und 2021/22 unterbrochen wurde. In NRW kam es dagegen zu einem vergleichsweise geringen Bevölkerungsverlust. Nach dem Bevölkerungsgewinn in den Jahren 2014/15 folgte ein kontinuierliches Bevölkerungswachstum auf Landesebene bis 2019, gefolgt von einer Stagnationsphase bis 2021. Durch die Ereignisse im Jahr 2022, insbesondere der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, kam es wieder zu einem Bevölkerungsgewinn. Dieser setzt sich zwar auf Landesebene fort, auf Ebene der Stadt Lüdenscheid und des Märkischen Kreises kam es bis zum 31.12.2023 aber wieder zu einem Bevölkerungsrückgang.

Verglichen mit 2014 hat Lüdenscheid 2,0% der Bevölkerung verloren. Im Märkischen Kreis war der Verlust mit -1,3% etwas weniger ausgeprägter. Die Bevölkerung auf Landesebene hingegen legte um 3,1% zu.

## Bevölkerungsbewegung

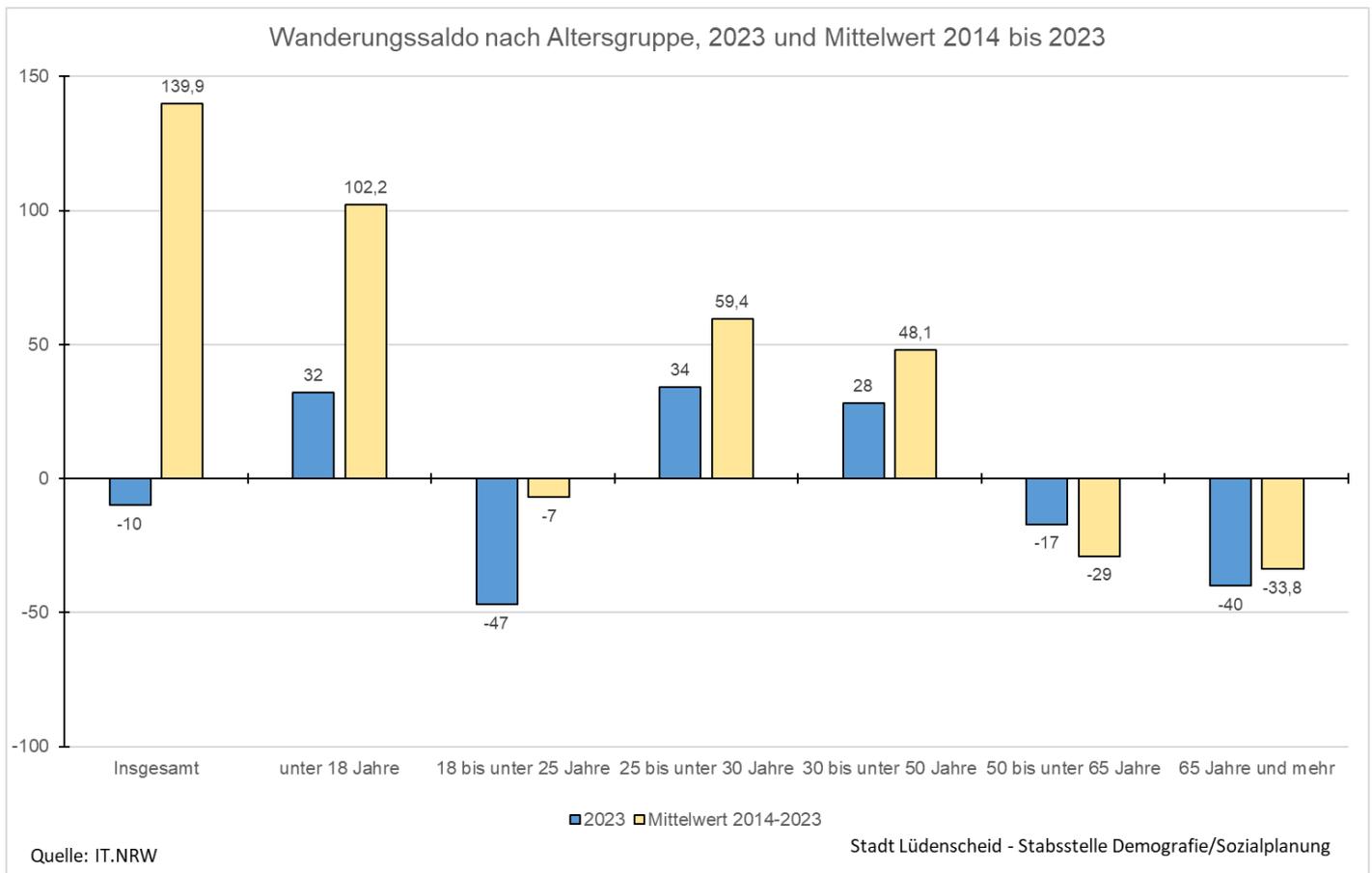


Lüdenscheid hat laut IT.NRW nur in den Jahren 2015 und 2022 einen Bevölkerungsgewinn zu verzeichnen. Ansonsten liegt der Bevölkerungsverlust zwischen 38 (2014) und 668 (2021) Einwohner\*innen. Der Bevölkerungsverlust von 2014 bis 2023 beträgt laut IT.NRW insgesamt 1.491 Einwohner\*innen. Seit 1992 übersteigen die Sterbefälle die Geburten. Der daraus resultierende natürliche Bevölkerungssaldo liegt im Beobachtungszeitraum zwischen -170 im Jahr 2016 und -503 im Jahr 2022, zum Höhepunkt der Covid-19-Pandemie. Eine Sonderauswertung des statistischen Bundesamtes sieht einen zeitlichen Zusammenhang in Deutschland zwischen der Übersterblichkeit 2022 im Vergleich der letzten fünf Jahre und den Covid-19-Fällen, einen außergewöhnlich heißen Sommer sowie einer schweren Grippewelle zum Jahresende.<sup>1</sup> Insgesamt betrug der natürliche Bevölkerungssaldo -2.890 Personen im betrachteten Zeitraum. Im Durchschnitt überstieg die Zahl der Sterbefälle seit 2012 die Zahl der Geburten pro Jahr um 289 Personen.

Der Wanderungssaldo aus Zu- und Fortzügen betrug im Durchschnitt von 2014 bis 2023, wenn man 2014, 2015 und 2022 ausklammert, -74 Personen. Rechnet man diese Jahre doch mit ein, kommt man zu einem durchschnittlichen Wanderungsgewinn von 140 Personen. Im Gegensatz zum natürlichen Bevölkerungssaldo verzeichnet der Wanderungssaldo auch positive Werte, also Wanderungsgewinne, wie man eindrücklich an den Jahren mit starker Fluchtmigration (2014: +144, 2015: +652, 2022: +1.121) sieht. In den restlichen Jahren schwankt er zwischen +23 (2017) und -284 (2021).

<sup>1</sup> DESTATIS (Hrsg.) (2023) Sonderauswertung zu Sterbefallzahlen 2020 bis 2023; im Internet unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbefallzahlen.html#636714> (zuletzt abgerufen am 7.9.2023)

## Wanderungssaldo nach Altersgruppen

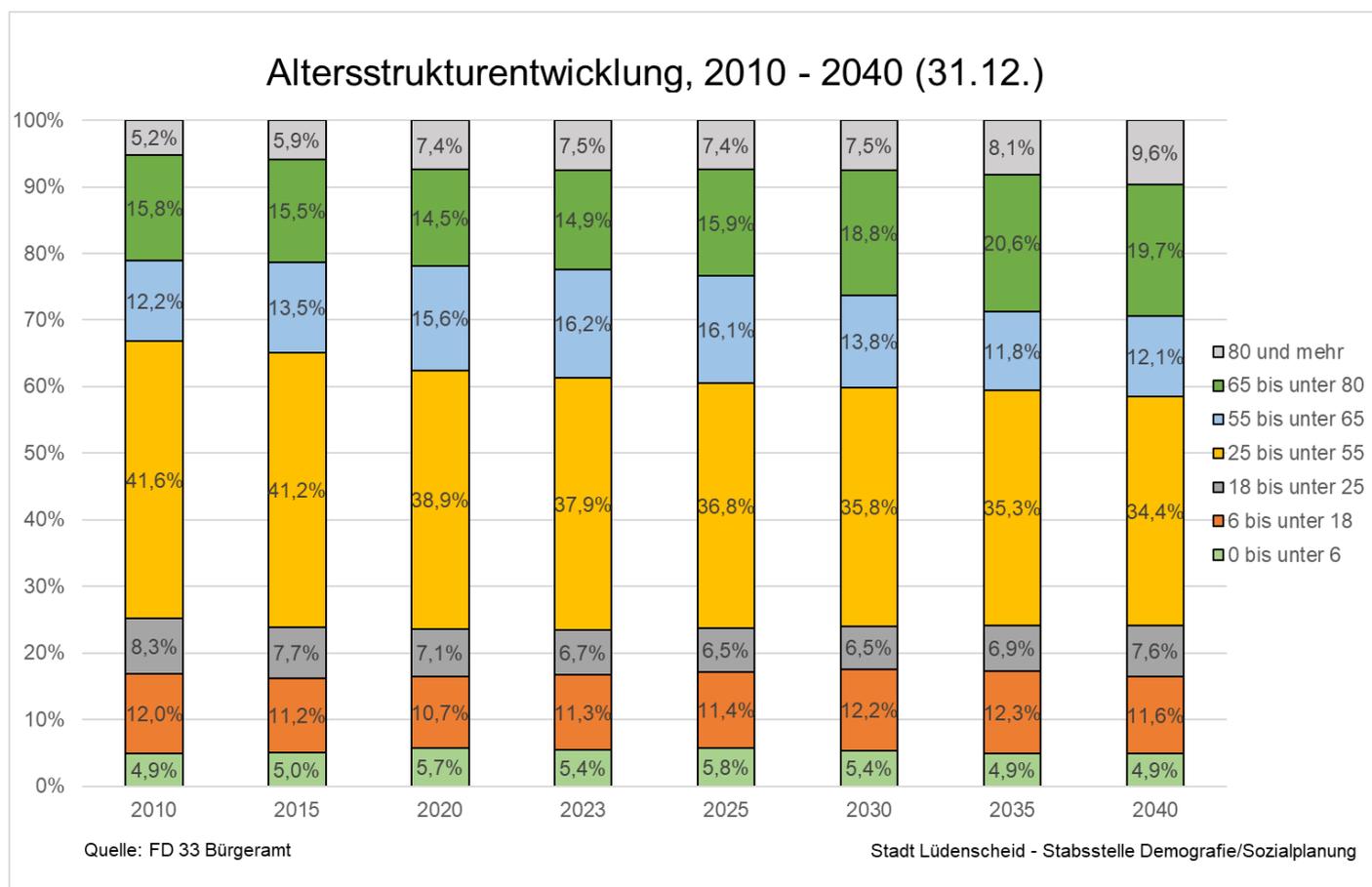


2023 ist geprägt durch einen leichten Wanderungsverlust von 10 Personen. Im Vorjahr kam es noch zu einem deutlichen Wanderungsgewinn von 1.121 Personen, ausgelöst durch internationale Fluchtbewegungen, insbesondere aus der Ukraine.

Nicht nur der Krieg in der Ukraine, sondern auch die Flüchtlingskrise 2014/15 schlagen sich in den Daten zur Wanderung innerhalb der letzten 10 Jahre nieder. In diesem Zeitraum gewann Lüdenscheid durchschnittlich 139,9 Einwohner\*innen pro Jahr durch Zuwanderung. Zugewinne zeigten sich bei Kindern und Jugendlichen sowie den Einwohner\*innen zwischen 25 und 50 Jahren. Abwanderung gab es zwischen 2014 und 2023 bei den Altersgruppen zwischen 18 und unter 25 sowie ab 50 Jahren. Dies deutet auf eine Zuwanderung vor allem von Familien und eine Abwanderung zu Bildungs- und Ausbildungszwecken sowie zum Ende oder nach der Erwerbsphase hin.

Diese Trends setzen sich auch 2023 fort. Die Wanderungsgewinne in den Altersgruppen unter 18 Jahre (+32) sowie zwischen 25 bis unter 50 Jahren (+62) fallen dabei geringer aus als im 10-Jahres-Durchschnitt. Auf der anderen Seite fällt die Abwanderung der 18- bis unter 25-jährigen (-47) sowie der über 65-jährigen (-40) deutlich stärker aus. Nur bei den 50- bis unter 65-jährigen fällt die Abwanderung (-17) etwas leichter aus als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre.

## Altersstrukturentwicklung in 5 Jahresschritten mit Prognose



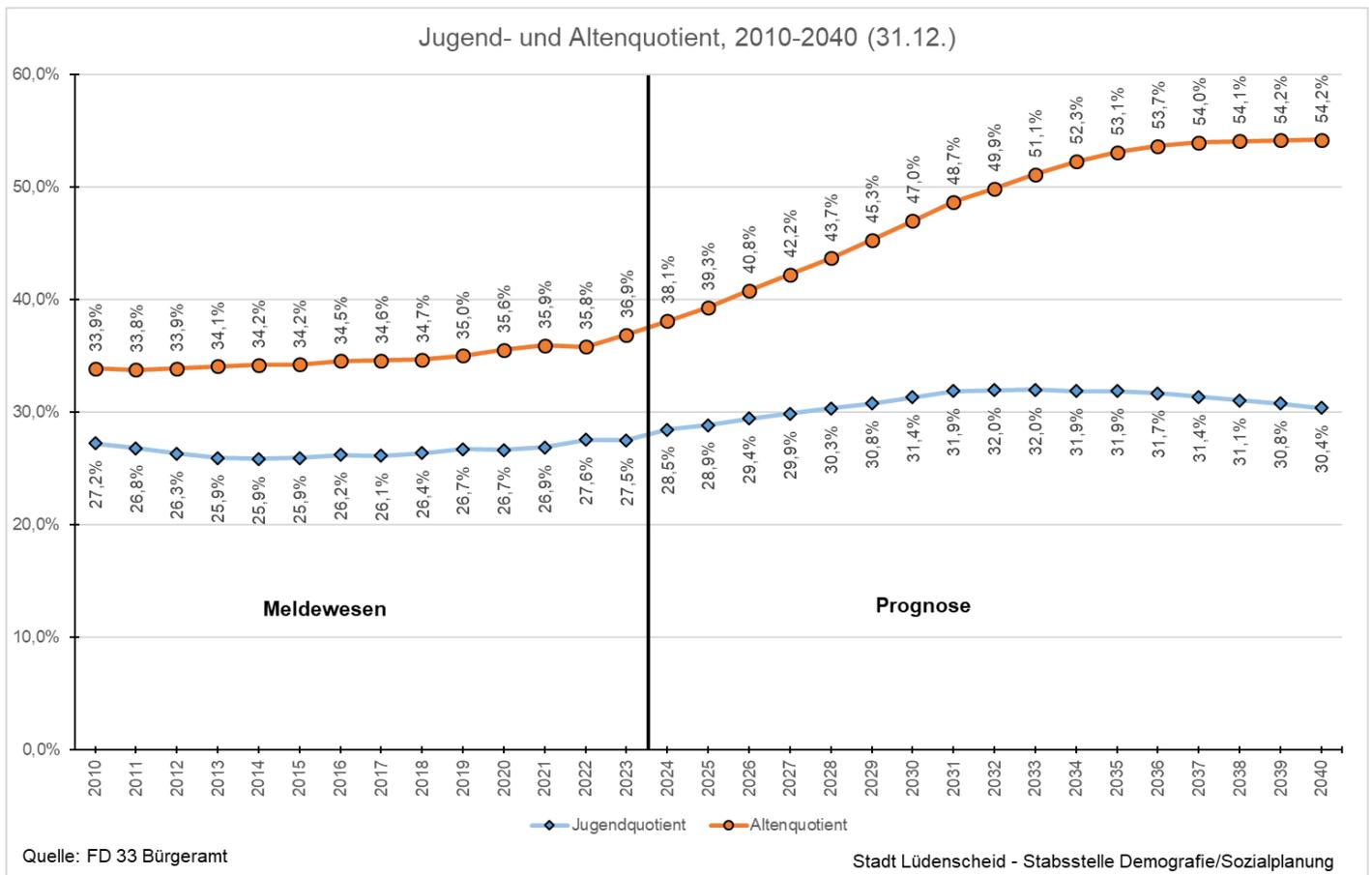
Der Altersaufbau der Lüdenscheider Bevölkerung wird sich im Rahmen des demografischen Wandels in Zukunft verschieben, was man auch schon in der Entwicklung seit 2010 erkennen kann. Der Anteil der Einwohner\*innen über 65 Jahren steigt, während der Anteil der Personen in der Erwerbsphase sinkt und der Anteil der Kinder und Jugendlichen in etwa stabil bleibt. Das geht einher mit einem erwarteten Rückgang der Bevölkerung.

Zum 31.12.2023 lebten 12.269 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Lüdenscheid. Das entspricht einem Anteil von 16,7%. Damit entspricht das in etwa dem Bevölkerungsanteil zum 31.12.2010 von 16,9%, in absoluten Zahlen kam es aber zu einem Bevölkerungsverlust von 514 Personen. Bis 2040 soll der Anteil der unter 18-jährigen auf 16,5% zurückgehen, das entspricht einem weiteren Rückgang von etwa 573 Personen auf 11.524 Kinder und Jugendliche.

44.619 Einwohner\*innen oder 60,8% der Bevölkerung Lüdenscheids befanden sich am 31.12.2023 in der mittleren Altersphase zwischen 18 und 65 Jahren. Hier ist wieder sowohl relativ als auch absolut ein Rückgang seit 2010 von 2.327 Personen oder 1,7 Prozent zu beobachten. Erwartet wird, dass sich dieser Trend weiterhin fortsetzt und bis 2040 auf 37.838 Einwohner\*innen (-6.781 Personen) bzw. 54,1% (-6,7%) im Vergleich mit 2023 schrumpft.

Nur in der Altersgruppe ab 65 Jahren wird verglichen mit dem 31.12.2023 ein Anstieg um 4.350 Personen (+6,9%) von 16.454 Einwohner\*innen (22,4%) auf 20.535 Einwohner\*innen (29,3%) bis 2040 prognostiziert. Es wird also erwartet, dass sich der Trend, der seit 2010 besteht, verstärkt. Zwischen 2010 und 2023 ist die Bevölkerung über 65 Jahren um 551 Personen oder 1,4% gewachsen.

## Jugend- und Altenquotient



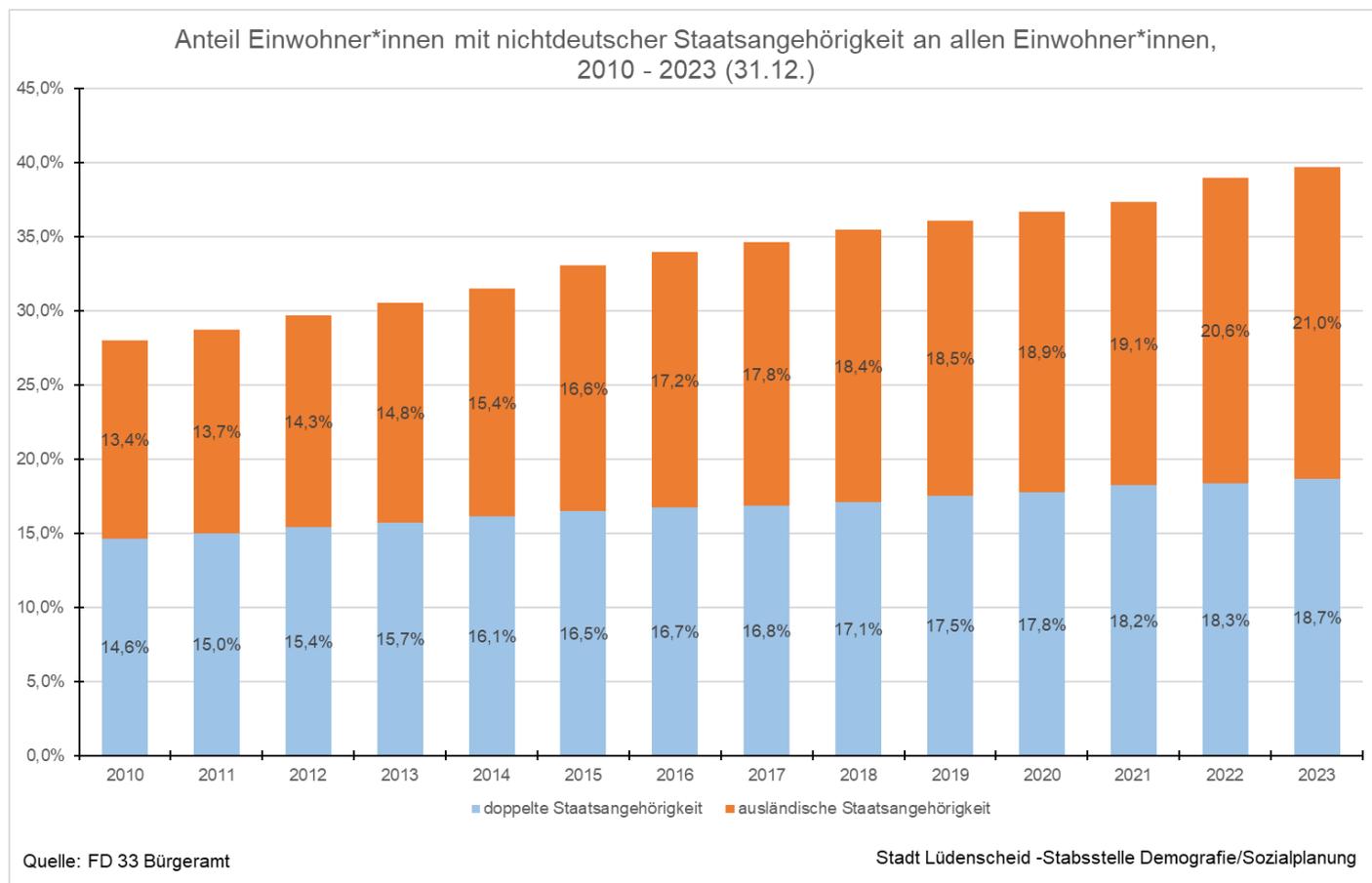
Für die Zukunft ist davon auszugehen, dass immer weniger Menschen in der mittleren Generation einem fast gleichbleibenden Anteil an Jugendlichen und einem stark ansteigenden Anteil an Senioren\*innen gegenübersteht. Das bedeutet, dass immer mehr Menschen, die aufgrund ihres Alters wahrscheinlich Unterstützung benötigen (insbesondere kleine Kinder und Hochbetagte), immer weniger Menschen gegenüberstehen, die diese Unterstützung leisten können.

Der Alten- bzw. Jugendquotient gibt das Verhältnis der über 65-jährigen bzw. unter 18-jährigen zu der mittleren Generation der 18- bis unter 65-jährigen an.

Der Altenquotient ist seit 2010 leicht von 33,9% auf 36,9% gestiegen. Bis 2040 steigt der Quotient voraussichtlich auf 54,2%.

Der Jugendquotient ist vom 31.12.2010 von 27,2% auf 27,5% zum 31.12.2023 gewachsen. Bis 2040 wird eine Steigerung des Quotienten auf 30,4% erwartet.

## Migrationshintergrund in der Bevölkerung im Zeitvergleich

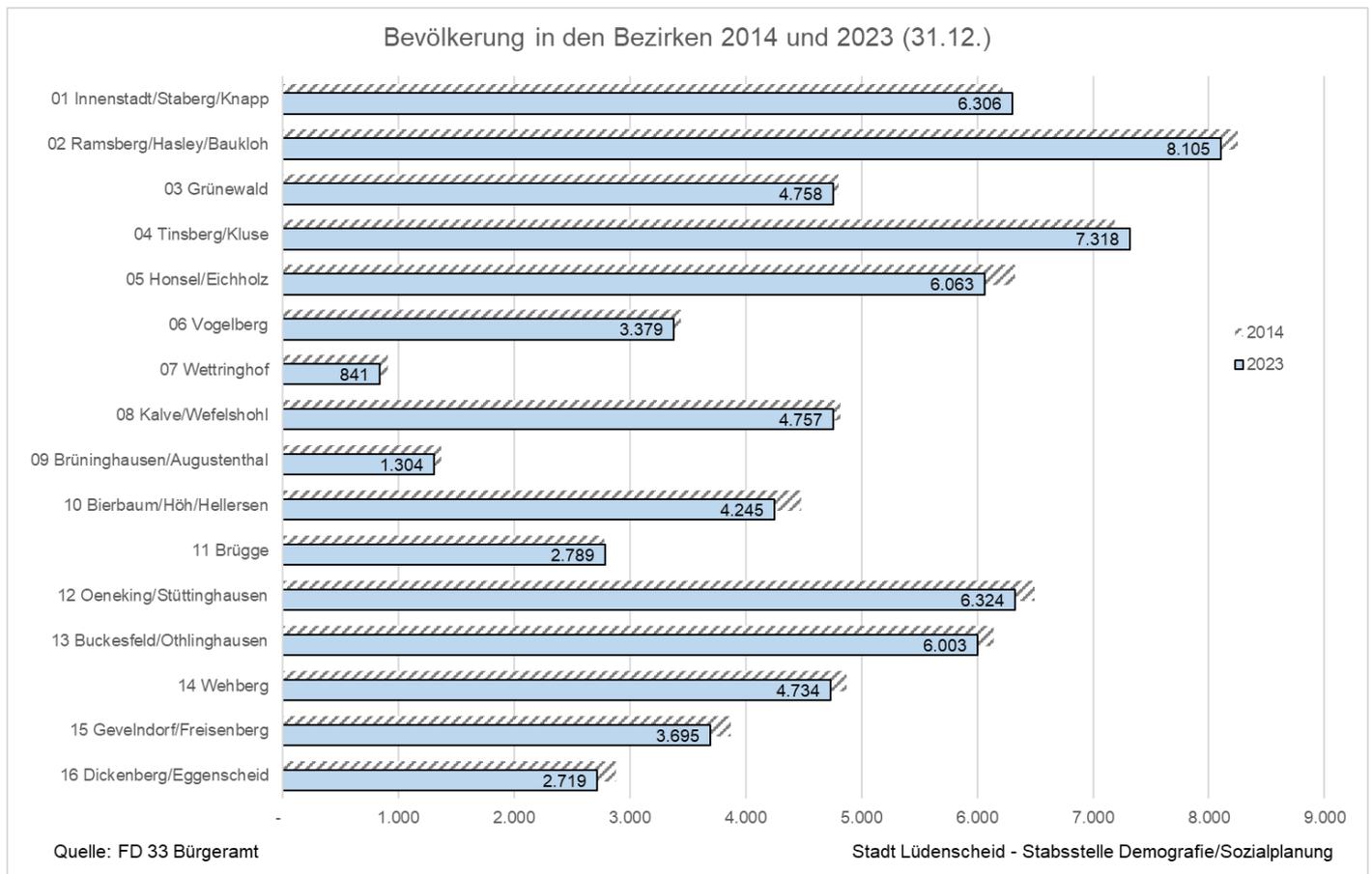


Unter Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sind sowohl Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit (Deutsch und mindestens eine weitere), als auch Personen, die ausschließlich über eine ausländische Staatsangehörigkeit verfügen, zu verstehen. Der Anteil von Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit an der Bevölkerung betrug zum 31.12.2010 28%. Das entspricht 21.165 Einwohner\*innen. Zum 31.12.2023 stieg der Anteil auf 39,7% (29.114 Einwohner\*innen). Dabei ist der Anteil der Einwohner\*innen mit doppelter Staatsbürgerschaft von 14,6% (11.065 Einwohner\*innen) auf 18,7% (13.695 Einwohner\*innen) und der Anteil der Einwohner\*innen mit ausländischer Staatsbürgerschaft von 13,4% (10.100 Einwohner\*innen) auf 21,0% (15.419 Einwohner\*innen) angestiegen. Seit der Flüchtlingskrise 2015 übersteigt der Anteil der ausländischen Staatsbürger\*innen den der doppelten Staatsbürger\*innen.

In den Zahlen spiegelt sich die Zuwanderungsgeschichte Lüdenscheids. Die TOP 5 der ausländischen Staatsbürgerschaften im Jahr 2023 in Lüdenscheid bestehen aus Griechenland, Türkei, Polen, Italien und der Russischen Föderation.

Besonders zugenommen hat in den vergangenen zwei Jahren die Zahl ukrainischer Staatsangehöriger. Diese stieg um 949 Personen von 157 (31.12.2021) auf 1.112 Personen zum 31.12.2023, wobei der Zuzug mittlerweile merklich abgenommen hat.

## Bevölkerung in den Bezirken



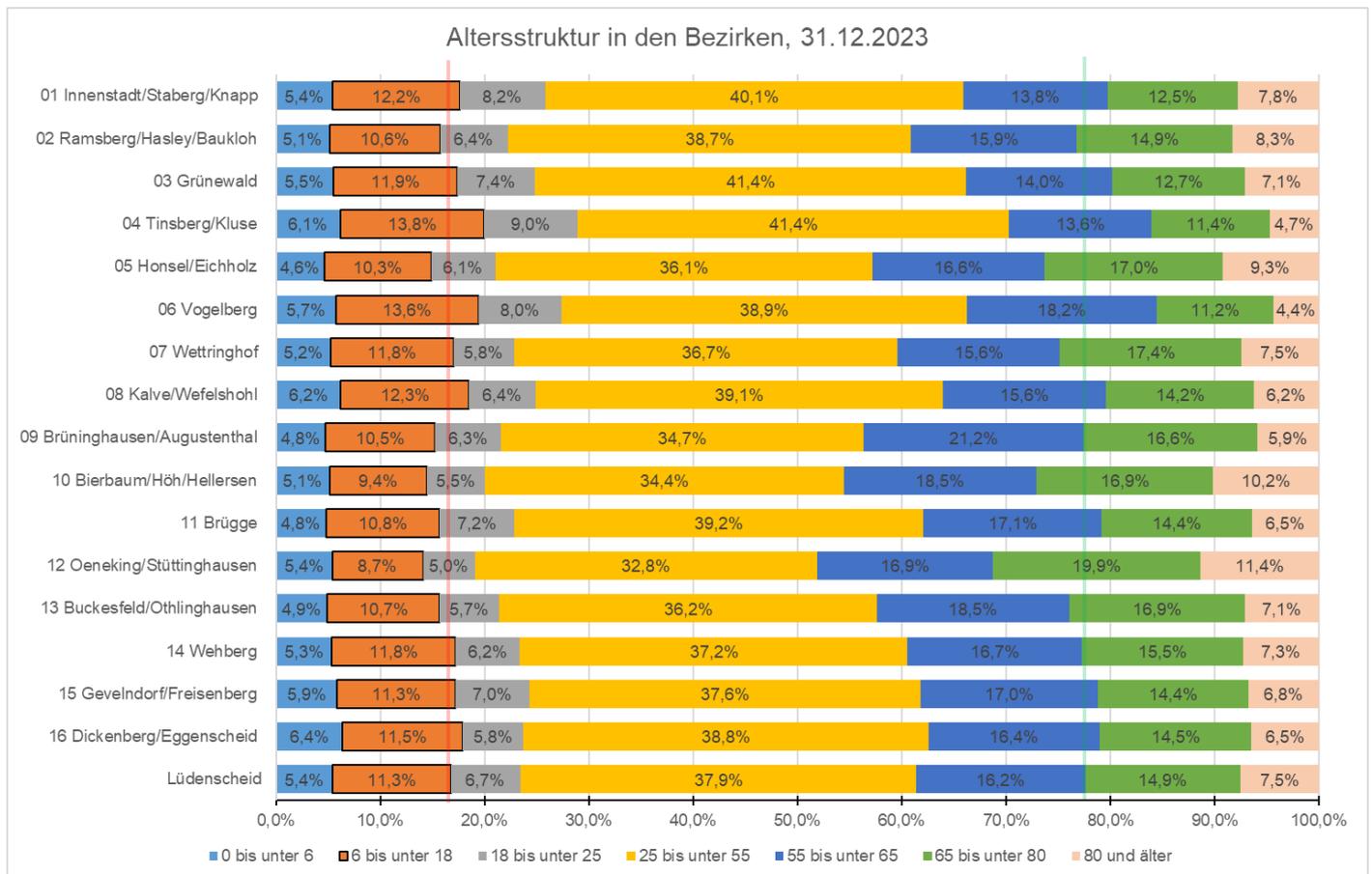
Die Bezirke Lüdenscheids unterscheiden sich stark nach Bevölkerungszahl.

Sie schwankte am 31.12.2023 zwischen 841 Einwohner\*innen im Bezirk 07 Wettringhof und 8.105 Einwohner\*innen im Bezirk 02 Ramsberg/Hasley/Baukloh. Im Durchschnitt lag die Bevölkerungszahl bei 4.584 Personen.

Der gestrichelte Balken symbolisiert die Bevölkerung in den Bezirken im Jahr 2014. Seit 2014 hat Lüdenscheid 1.495 Einwohner\*innen verloren, das entspricht 1,7% der Bevölkerung. Dieser Verlust teilt sich ungleich auf die einzelnen Bezirke auf.

Während in den Bezirken 04 Tinsberg/Kluse (+1,8%), 01 Innenstadt/Staberg/Knapp (+1,4%) und 11 Brügge (+0,3%) noch ein leichter Bevölkerungsgewinn zu verzeichnen ist, verloren die Bezirke 7 Wettringhof (-7,2%), 10 Bierbaum/Höh/Hellersen (-5,2%), und 16 Dickenberg/Eggenscheid (-5,5%) jeweils mehr als 5% ihrer Einwohnerschaft. Den höchsten Verlust in absoluten Zahlen gab es im Bezirk 05 Honsel/Eichholz (-260 Personen).

## Altersstruktur in den Bezirken



Die Bezirke Lüdenscheids besitzen eine unterschiedliche Alterszusammensetzung.

Auf der einen Seite gibt es Bezirke mit einer jüngeren Bevölkerungsstruktur. Bei den 0- bis unter 18-jährigen sind das die Bezirke 01 Innenstadt/Staberg/Knapp, 04 Tinsberg/Kluse, 06 Vogelberg und 08 Kalve/ Wefelshohl

Auf der anderen Seite ist der Anteil von Einwohner\*innen jenseits des 65. Geburtstags besonders hoch in den Bezirken 05 Honsel/Eichholz, 07 Wettringhof, 10 Bierbaum/Höh/Hellersen und 12 Oeneking/Stüttinghausen.

Im Diagramm entspricht die rote Linie dem städtischen Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahren und die grüne Linie dem städtischen Anteil der über 65-jährigen.

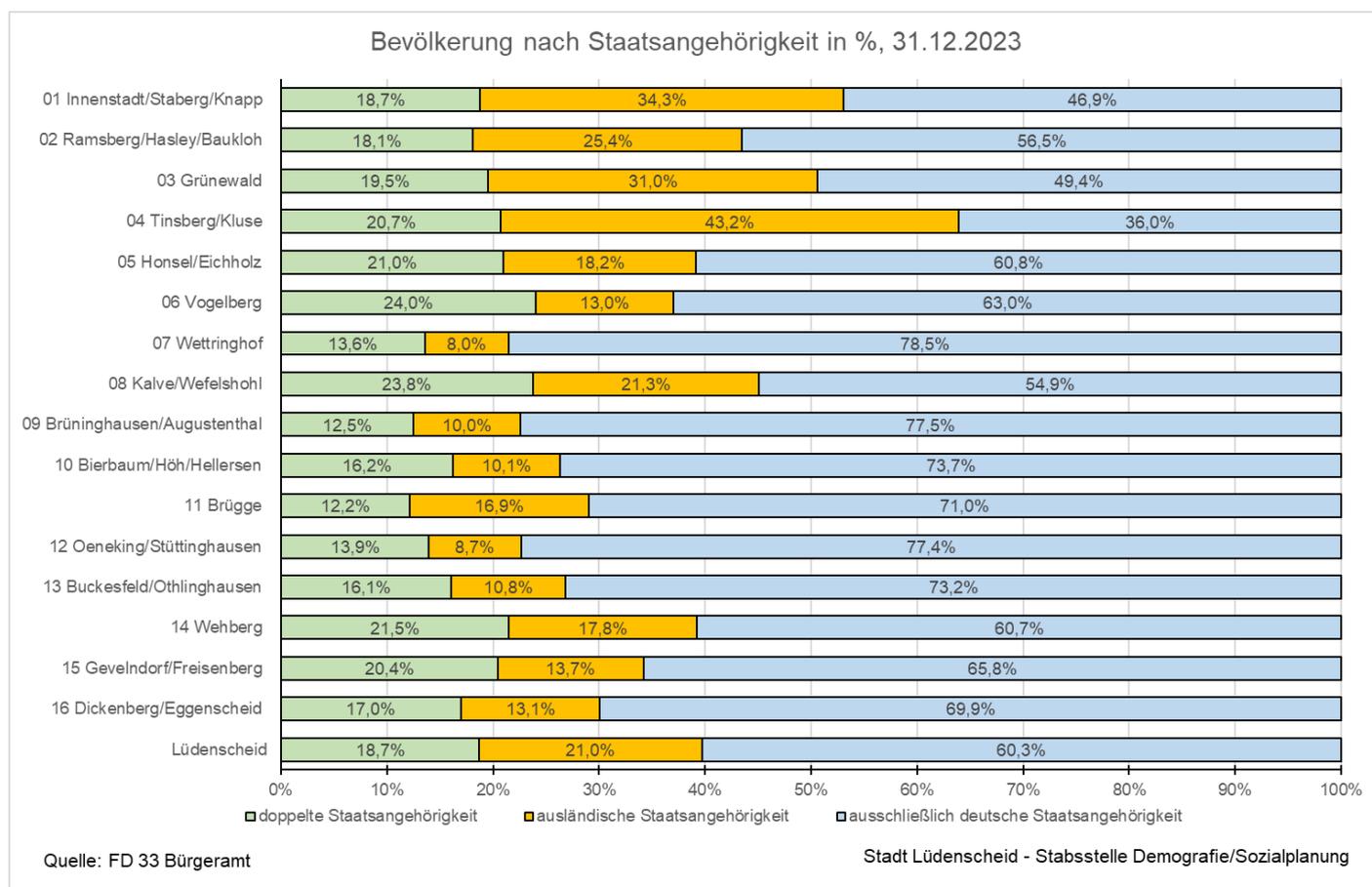
Genauere Zahlen lassen sich aus der Tabelle auf der nächsten Seite entnehmen.

## Bevölkerung nach Altersgruppen in den Bezirken 31.12.2023

Bezirk	Gesamt	0 bis unter 6	6 bis unter 18	18 bis unter 25	25 bis unter 55	55 bis unter 65	65 bis unter 80	80 und älter
01 Innenstadt/Staberg/Knapp	6.306	341	768	517	2.528	872	788	492
02 Ramsberg/Hasley/Baukloh	8.106	415	862	522	3.136	1.288	1.207	676
03 Grünewald	4.758	261	565	352	1.971	665	604	340
04 Tinsberg/Kluse	7.318	450	1.009	655	3.029	996	836	343
05 Honsel/Eichholz	6.063	279	624	371	2.191	1.004	1.031	563
06 Vogelberg	3.379	194	461	269	1.314	616	377	148
07 Wettringhof	841	44	99	49	309	131	146	63
08 Kalve/Wefelshohl	4.757	294	585	303	1.860	743	675	297
09 Brüninghausen/Augustenthal	1.304	62	137	82	453	276	217	77
10 Bierbaum/Höh/Hellersen	4.245	217	398	235	1.460	785	719	431
11 Brügge	2.789	134	302	202	1.093	477	401	180
12 Oenecking/Stüttinghausen	6.324	340	552	314	2.073	1.069	1.257	719
13 Buckesfeld/Othlinghausen	6.003	296	644	344	2.173	1.109	1.012	425
14 Wehberg	4.735	253	561	293	1.760	792	732	344
15 Gevelndorf/Freisenberg	3.695	217	419	260	1.388	629	531	251
16 Dickenberg/Eggenscheid	2.719	173	313	159	1.055	447	395	177
Lüdenscheid	73.342	3.970	8.299	4.927	27.793	11.899	10.928	5.526

Quelle: FD 33 Bürgeramt

## Migrationshintergrund in den Bezirken



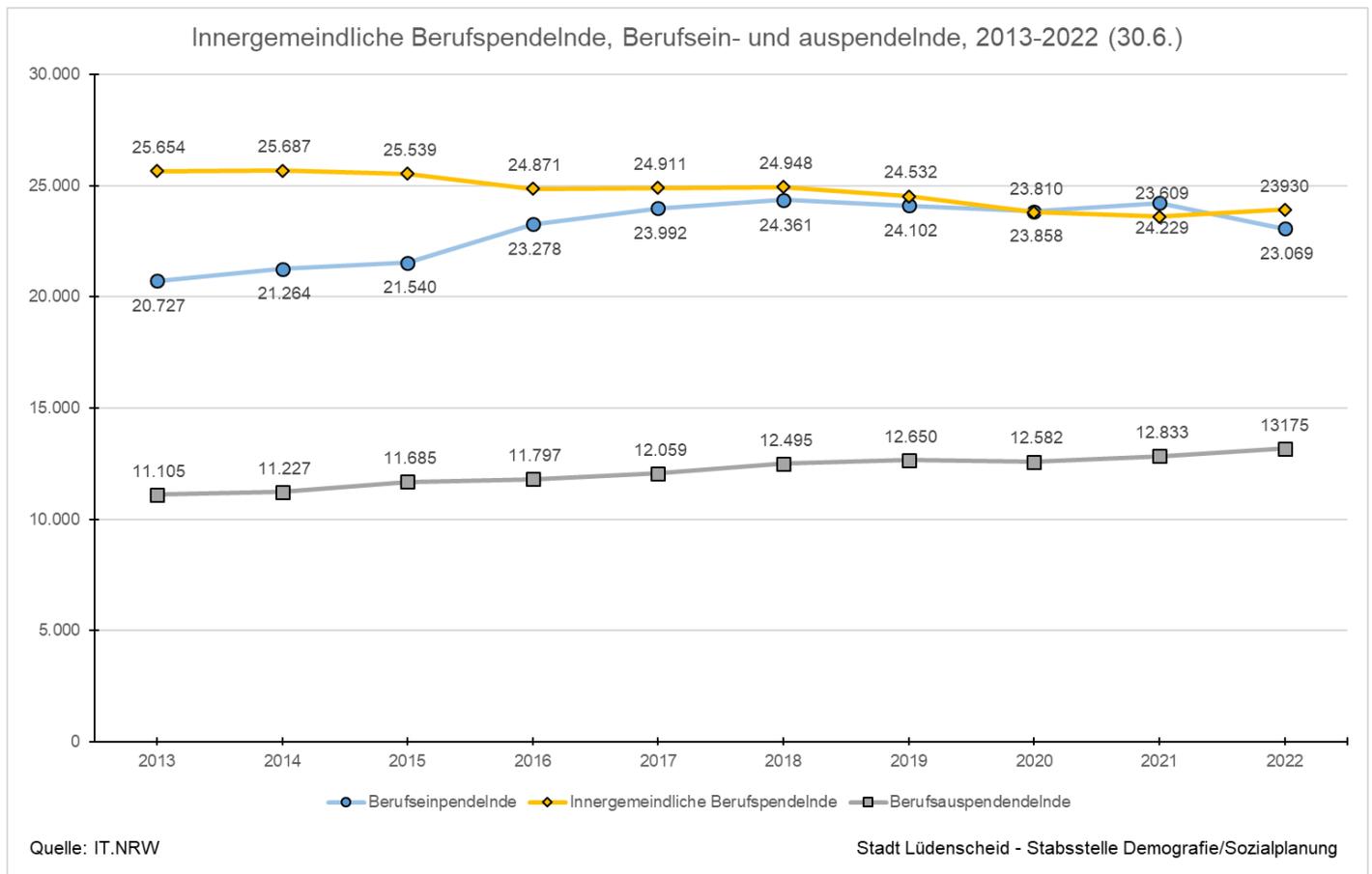
Für diesen Bericht wurde der Migrationshintergrund über das Vorhandensein einer nichtdeutschen Staatsbürgerschaft bestimmt. Einwohner\*innen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit können entweder Ausländer sein, also Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Oder es sind Deutsche, die zusätzlich zur deutschen Staatsbürgerschaft noch mindestens eine weitere haben (sogenannte Doppelstaatler\*innen).

Der Anteil nichtdeutscher Staatsangehöriger ist unterschiedlich hoch in den verschiedenen Bezirken Lüdenscheids. Er schwankt zwischen 21,6% (Bezirk 7 Wettringhof) und 63,9% (Bezirk 04 Tinsberg/Kluse).

Die vier innerstädtischen Bezirke 01 Innenstadt/Staberg/Knapp, 02 Ramsberg/Hasley/Baukloh, 03 Grünewald und 04 Tinsberg/Kluse stechen heraus. Diese Bezirke liegen zum einen weit über den gesamtstädtischen Anteilswert der Einwohner\*innen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, zum anderen ist nur in diesen Bezirken der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen größer als der Anteil der Einwohner\*innen mit doppelter Staatsangehörigkeit.

Im Gegensatz zum Vorjahr hat sich die Anzahl ausländischer Einwohner\*innen in den verschiedenen Bezirken sehr unterschiedlich entwickelt. Gewachsen ist sie in den Innenstadtbezirken 01, 03, 05 sowie in den Bezirken 13, 14 und 15, die u. a. durch den sozialen Wohnungsbau ab den 1950er Jahren gekennzeichnet sind. Zu einem besonders starken Rückgang (-44 ausländische Staatsangehörige) kam es im Bezirk Tinsberg/Kluse, gefolgt von 09 Brüninghausen/Augustenthal (-35) und 16 Dickenberg/Eggenscheid (-22).

## Berufspendler\*innen



Die Anzahl der Pendler\*innen über die Gemeindegrenzen hat insgesamt zwischen 2013 und 2022 (Stichtag 30.6.) um 5.320 Personen zugenommen. Zwischen Mitte 2021 und 2022 kann man aber einen deutlichen Einbruch bei den Einpendelnden beobachten.

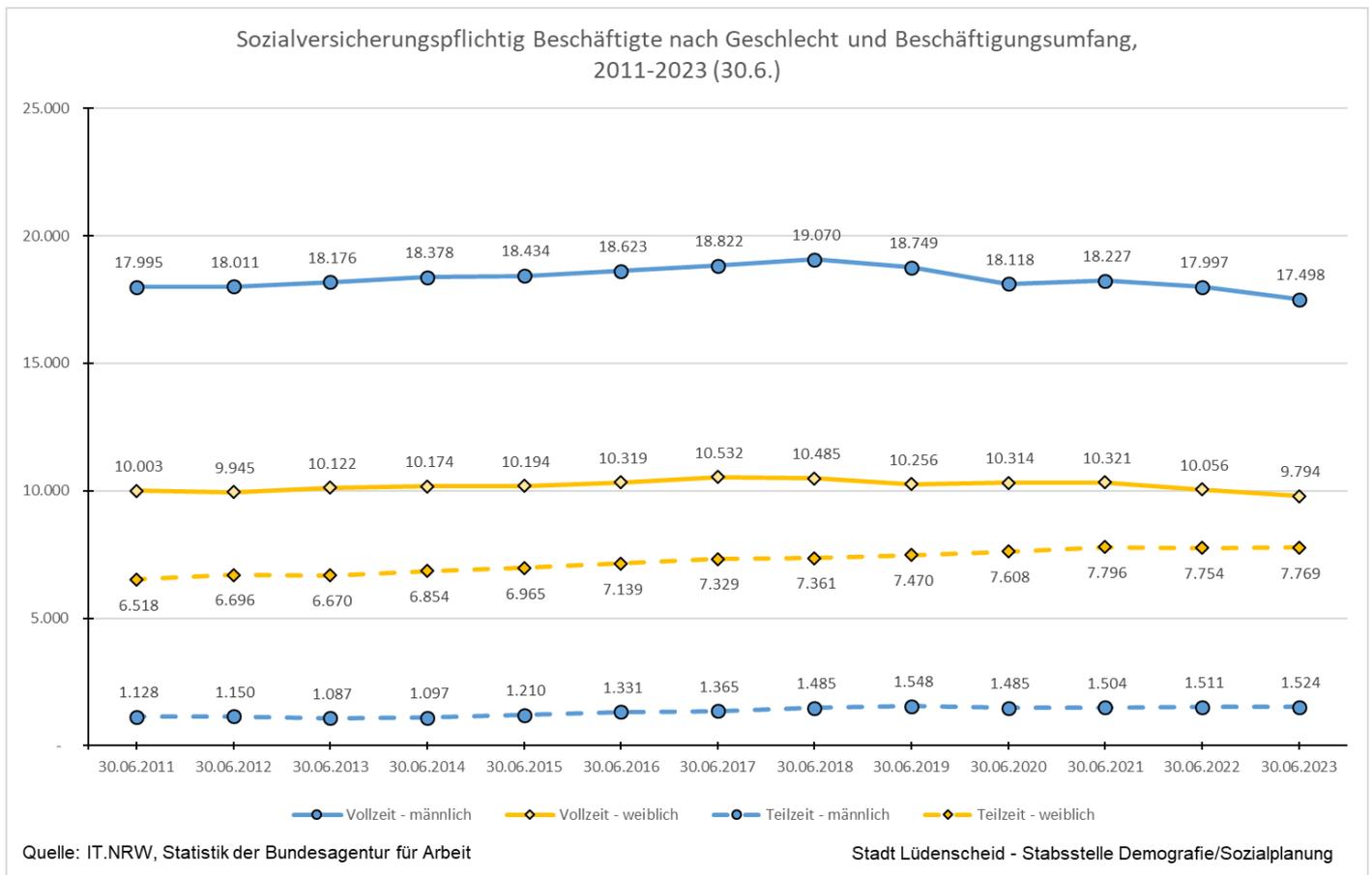
Vom 30.6.2013 bis zum 30.6.2021 ist die Zahl der Berufseinpendler\*innen um 3.502 Personen gestiegen, von 20.727 auf 24.229 Personen. Diese Zahl ist bis zum 30.6.2022 um 1.160 auf 23.069 Berufseinpendler\*innen eingebrochen.

Zwischen dem 30.6.2013 und dem 30.6.2022 stieg die Zahl der Berufsauspendler\*innen von 11.105 um 2.070 auf 13.175 Pendler\*innen, wobei hier ein Wachstumseinbruch im Jahr 2020 zu beobachten war.

Die Anzahl der inneregemeindlichen Pendler\*innen betrug zum 30.6.2022 23.930 Personen. Sie lag zur Jahresmitte 2020 erstmals unter der Anzahl der Berufseinpendler\*innen. Seit dem 30.6.2013 ist sie um 1.724 Pendler\*innen zurückgegangen.

Die Aktualisierung der Pendlerdaten zum Stichtag 30.6. durch IT.NRW erfolgt zum Ende des Folgejahres. Aus diesem Grund können keine aktuelleren Statistiken zur Verfügung gestellt werden. Es wurde aufgrund der Sperrung der Rahmedetalbrücke eine Analyse mit Daten der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt, die aber nur die Situation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten widerspiegeln.

## Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

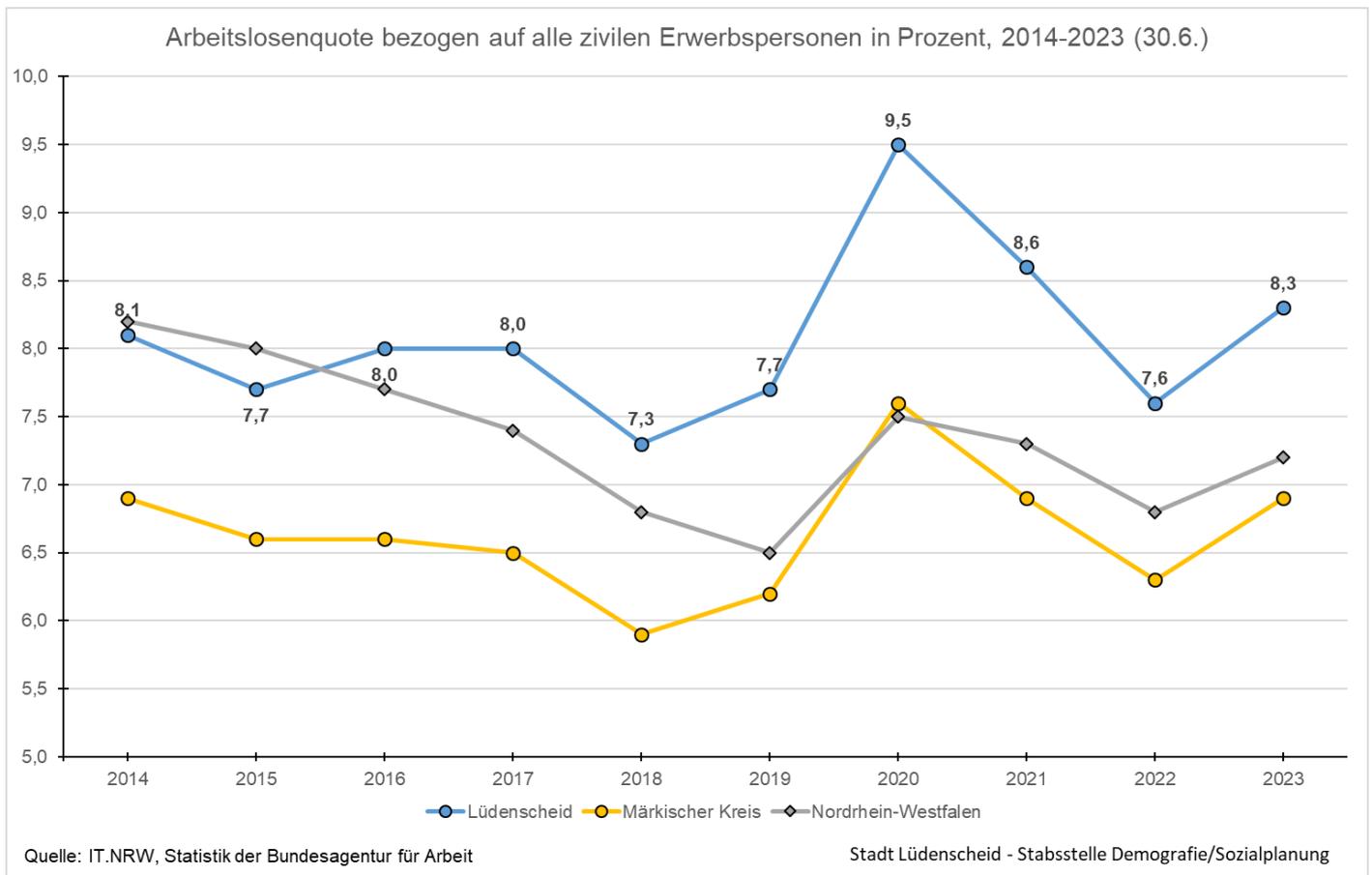


Die Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) am Arbeitsort lag am 30.6.2011 noch bei 35.644 Personen und ist bis zum 30.6.2018 auf 38.401 Personen gestiegen. Seitdem ist sie, abgesehen von einer kurzen Erholung im Jahr 2021, kontinuierlich zurückgegangen

Zum 30.6.2023 betrug die Anzahl der SvB 36.585 Personen. Sie ist im Vergleich zur Jahresmitte 2022 um 733 Personen zurückgegangen. Von diesem Rückgang waren nur die Teilzeitbeschäftigten ausgenommen. Hier stieg die Zahl leicht um 28 Personen. Besonders stark betroffen waren die Vollzeitbeschäftigten (-761 SvB bzw. -2,7%) und hierbei insbesondere die vollzeitbeschäftigten Männer (-499 SvB bzw. -2,8%).

Differenziert nach Beschäftigungsumfang und Geschlecht stellt sich die Entwicklung seit 2011 unterschiedlich dar. Bei den Vollzeitbeschäftigten kam es im gesamten Zeitraum zu einem Rückgang um 706 Personen (-2,5%). Auffällig ist, dass es bei den Teilzeitbeschäftigten geschlechtsunabhängig zu einer deutlichen Zunahme um 1.647 Beschäftigte (+21,5%) gekommen ist. Dabei arbeiten Frauen zwar deutlich häufiger in Teilzeit als Männer, aber bei den Männern ist das relative Wachstum deutlich ausgeprägter (Frauen: +19,2%, Männer: +35,1%).

## Arbeitslosenquote im Zeitvergleich

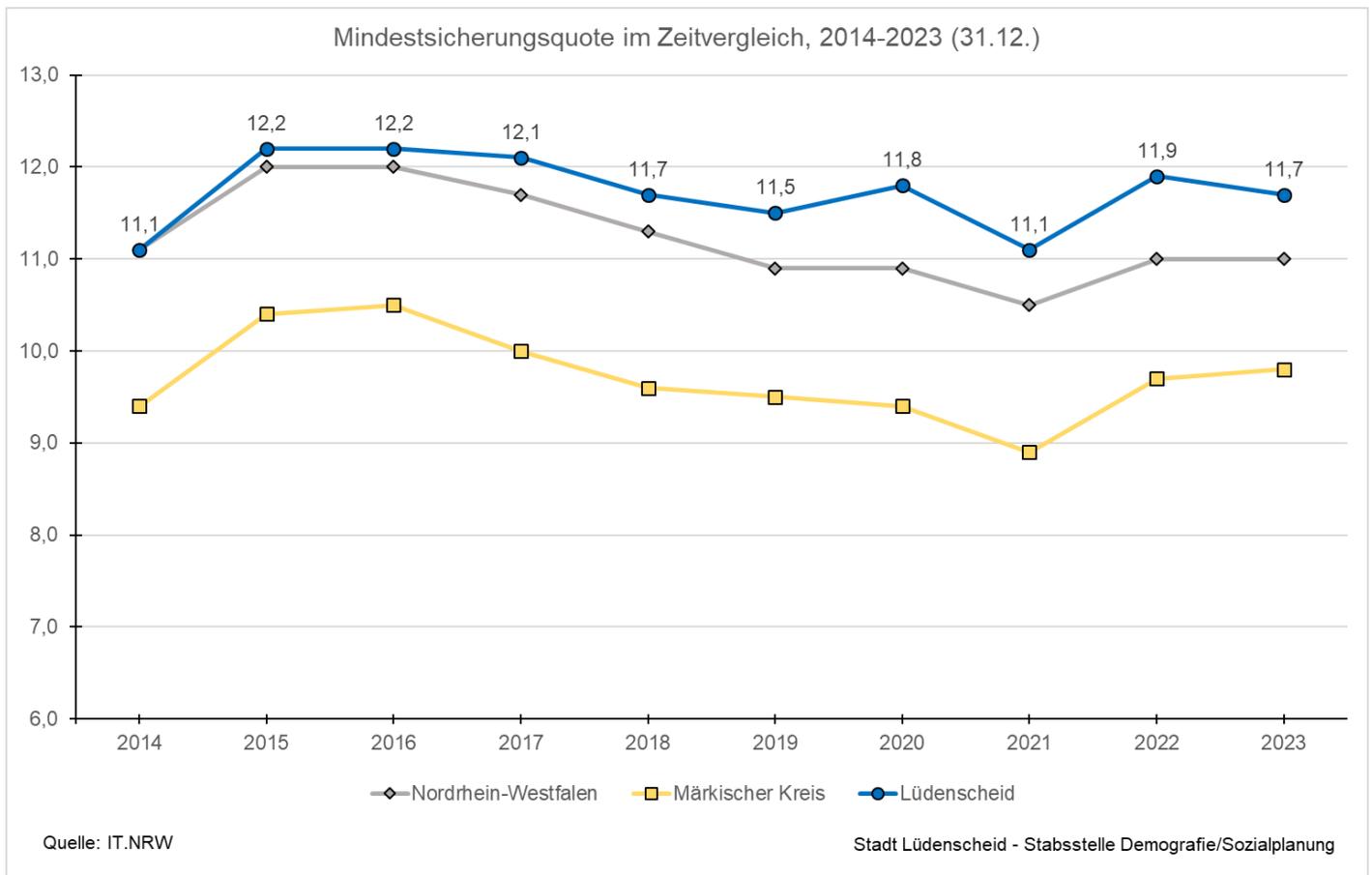


Zum 30.6.2014 lag die Arbeitslosenquote in Lüdenscheid bei 8,1%, knapp unter der Arbeitslosenquote in NRW (8,2%) aber über der Quote des Märkischen Kreises (6,9%). Seit dem 30.6.2016 überschreitet die Arbeitslosenquote in Lüdenscheid den NRW-Wert.

Zum 30.6.2020 wurde sowohl auf Stadt-, Kreis- und Landesebene ein starker Anstieg der Arbeitslosenquote beobachtet. In Lüdenscheid stieg die Arbeitslosenquote von 7,7% (30.6.2019) auf 9,5% (30.6.2020). Bis zum 30.6.2022 kam es zu einem Rückgang auf 7,6%, gefolgt von einem erneuten Anstieg bis zum 30.6.2023 auf 8,3%.

Aktuelle Zahlen zum Thema Arbeitsmarkt und deren Entwicklungen für Lüdenscheid werden regelmäßig von der örtlichen Agentur für Arbeit veröffentlicht und erläutert.

## Mindestsicherungsquote im Zeitvergleich



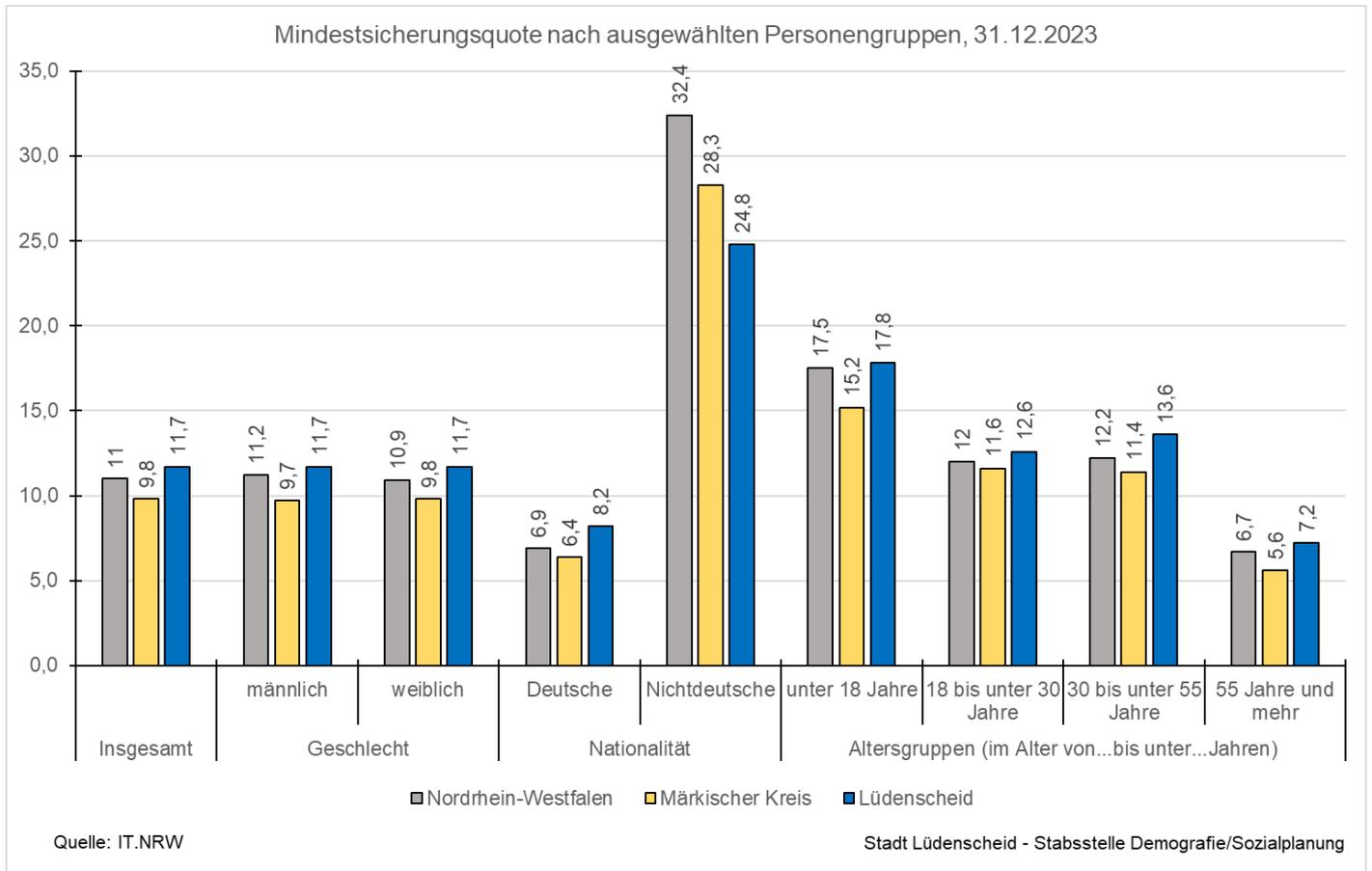
Im Dezember 2023 bezogen 8.374 Einwohner\*innen Lüdenscheids Leistungen zur Mindestsicherung. Dies entspricht einer Quote von 11,7%.

Die Entwicklung der Mindestsicherungsquote folgt in Lüdenscheid zwar dem allgemeinen Trend, Krisen scheinen sich aber in Lüdenscheid deutlich stärker auf die Entwicklung der Mindestsicherungsquote auszuwirken. Der Wert der Mindestsicherungsquote liegt durchgängig über dem Wert des Märkischen Kreises. 2014 lag die Mindestsicherungsquote Lüdenscheids noch auf dem Niveau des Landes NRW, lag aber in den Folgejahren konstant darüber.

2015 und 2016 erreicht die Mindestsicherungsquote in Lüdenscheid ihren Spitzenwert bei 12,2%. Anschließend schwanken die Werte wieder sichtbar. 2021 lag sie dann bei 11,1%.

Die Mindestsicherungsquote gibt den prozentualen Anteil der Bevölkerung an, die Leistungen zur Mindestsicherung beziehen. Dies sind Leistungen nach dem SGB II („Grundsicherung für Arbeitssuchende“), dem SGB XII („Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen“) und dem Asylbewerberleistungsgesetz.

## Mindestsicherungsquoten nach ausgewählten Personengruppen

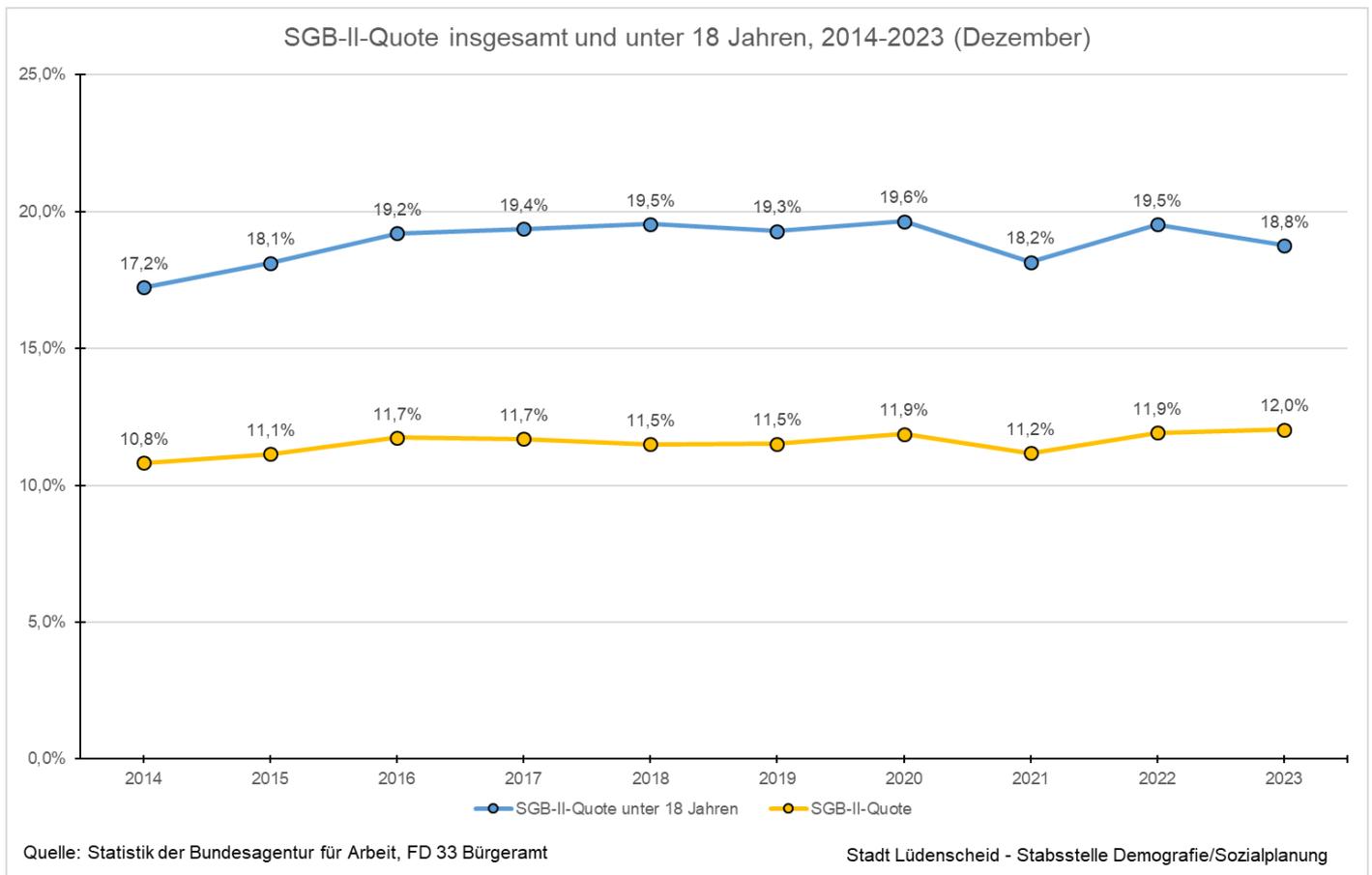


Die Lüdenscheider Werte liegen auch, unterschieden nach ausgewählten Personengruppen, über Landes- und Kreiswerten. Eine Ausnahme bildet die Mindestsicherungsquote der Nichtdeutschen, die mit 24,8% zwar deutlich über der allgemeinen Mindestsicherungsquote Lüdenscheids liegt, aber unterhalb der Referenzwerte auf Landes- und Kreisebene.

Die Mindestsicherungsquote nichtdeutscher Staatsangehöriger ist in Lüdenscheid mehr als doppelt so hoch wie die der Deutschen. Auf Kreis- und Landesebene sind die Abstände der Mindestsicherungsquote zwischen deutschen und nichtdeutschen Staatsangehörigen aber deutlich ausgeprägter.

Unterschieden nach Geschlecht ist die Mindestsicherungsquote bei Frauen auf gleicher Höhe mit der Quote der Männer. Unterschieden nach Altersgruppen ist die Mindestsicherungsquote bei den unter 18-jährigen am höchsten, bei den 18 bis unter 30-jährigen sowie den 30 bis unter 55-jährigen liegt sie ungefähr gleichauf. Bei der Bevölkerung im Alter von 55 und mehr Jahren liegt der Wert deutlich unter dem Gesamtwert.

## SGB-II-Quote insgesamt und unter 18 Jahre



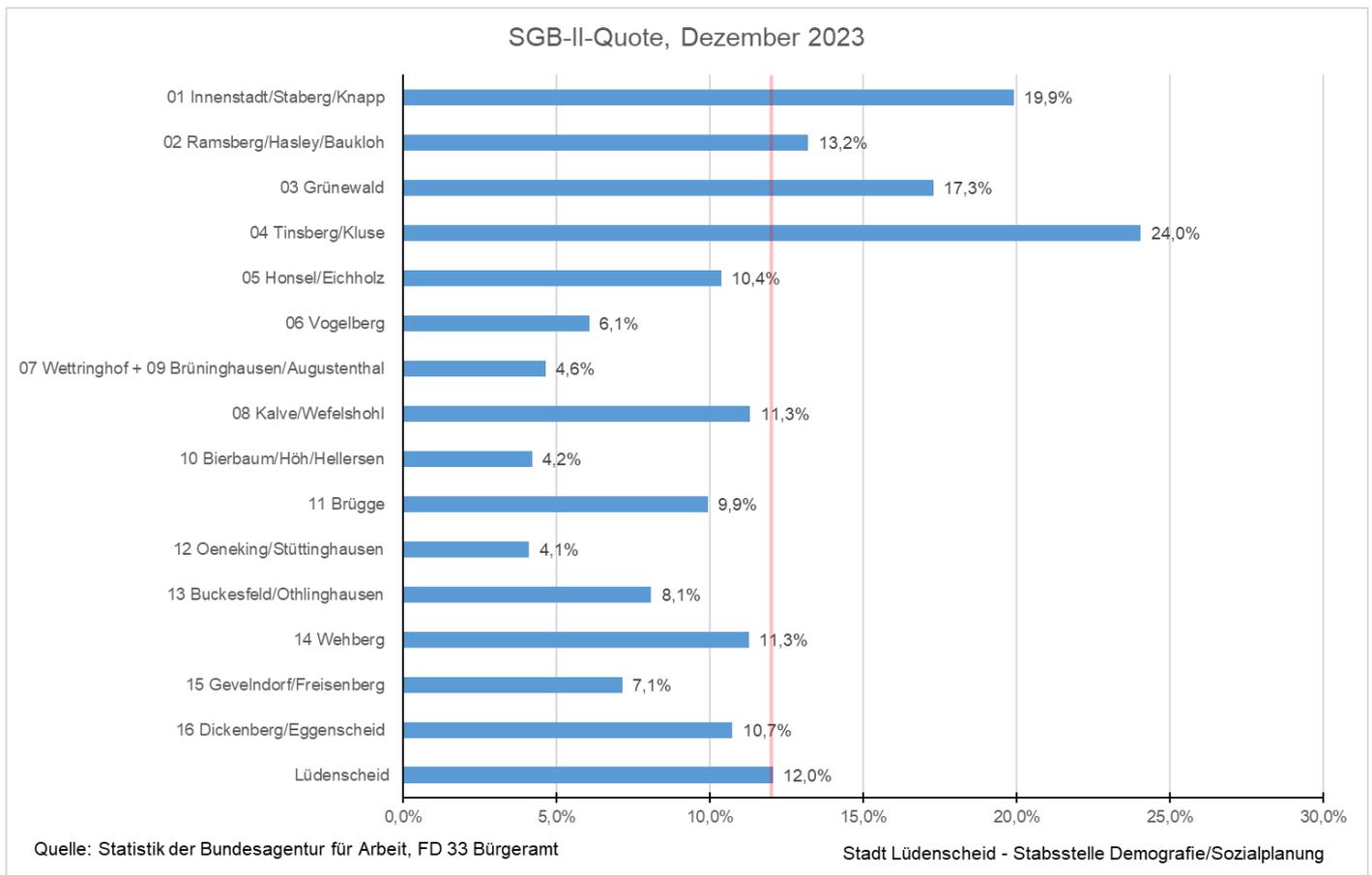
In der Entwicklung der SGB-II-Quote insgesamt und der unter 18-jährigen lässt sich ein Anstieg zwischen 2014 und 2020 beobachten. Seitdem kommt es zwischen den Stichtagen zu teilweise deutlichen Schwankungen.

In Lüdenscheid bezogen im Dezember 2023 6.849 Einwohner\*innen Leistungen nach dem SGB-II, davon waren 2.302 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Seit Dezember 2014 stieg die Zahl der Leistungsbezieher\*innen um 622, die der Leistungsbezieher\*innen unter 18 Jahren um 216 Personen. Im Vergleich mit dem Vorjahr kam es sowohl bei den Leistungsbeziehenden insgesamt (-32 Personen), wie auch bei den unter-18-jährigen (-135 Personen) zu einem leichten Rückgang. Der gleichzeitige Anstieg der SGB-II-Quote insgesamt zwischen 2022 und 2023 von 11,9% auf 12,0% ist auf einen Rückgang der Bevölkerung unter 65 Jahren zurückzuführen.

Die SGB-II-Quote (Anteil Leistungsbeziehender nach dem SGB II an der Bevölkerung unter 65 Jahren) in Lüdenscheid lag im Dezember 2014 bei 10,8%. Bis Ende 2023 stieg sie auf 12,0%.

Bei der SGB-II-Quote der unter 18-jährigen lässt sich hingegen ein stärkerer Anstieg zwischen Dezember 2014 (17,2%) und Dezember 2022 (18,8%) beobachten.

## SGB-II-Quote in den Bezirken

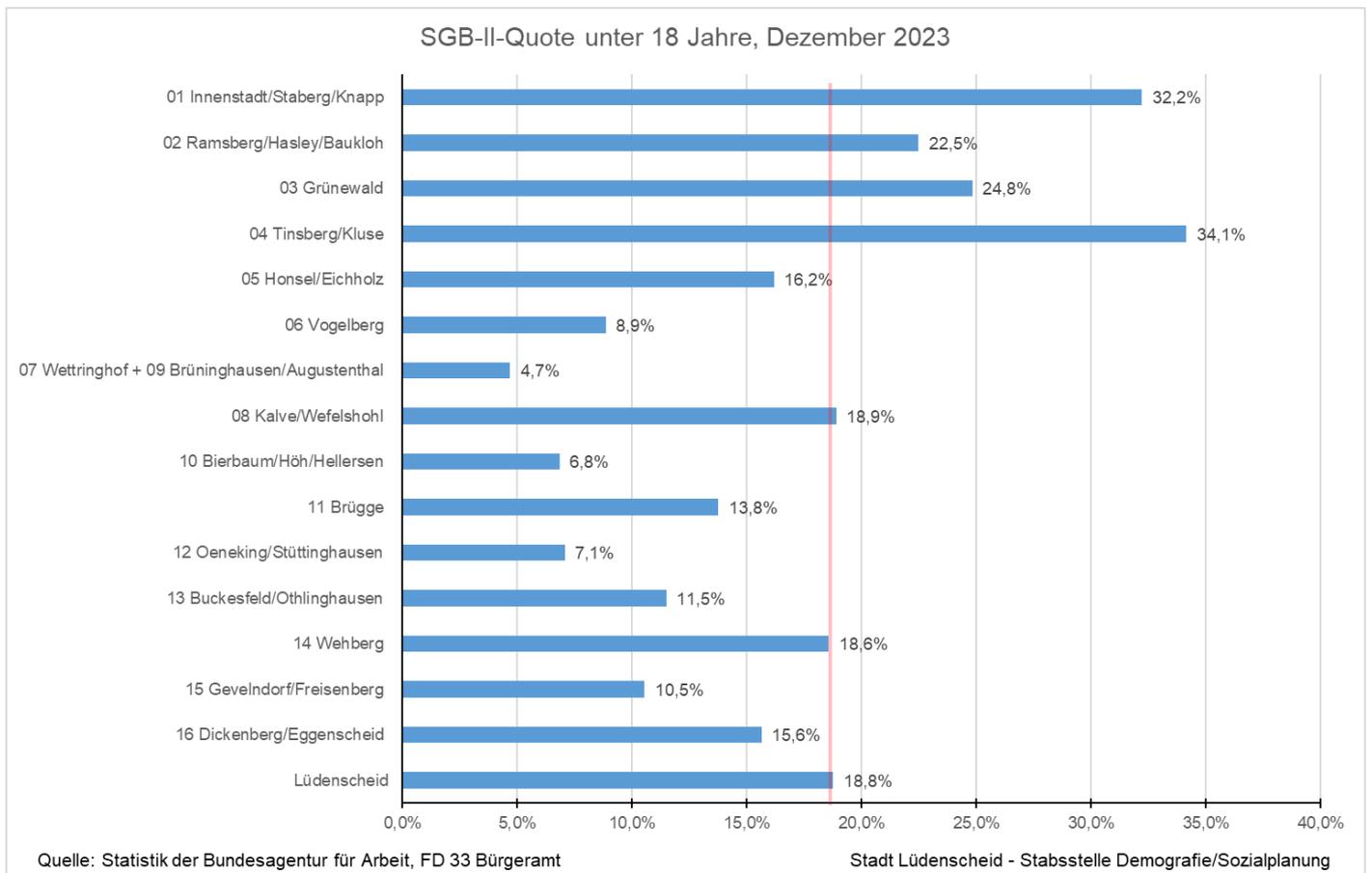


In Lüdenscheid bezogen 12,0 % der Bevölkerung unter 65 Jahren im Dezember 2022 Leistungen nach dem SGB II.

In den Bezirken fällt diese SGB-II-Quote sehr unterschiedlich aus. Während in den Bezirken 12 Oeneking/Stüttinghausen, 10 Bierbaum/Höh/Hellersen sowie in den zusammengelegten Bezirken 07 Wettringhof und 09 Brüninghausen/Augustenthal der Anteil unter 5% liegt, liegt er in den Innenstadtbezirken 01 Innenstadt/Staberg/Knapp, 03 Grünewald und 04 Tinsberg/Kluse mindestens 5% über dem Stadtwert.

Spitzenreiter ist der Stadtteil 04 Tinsberg/Kluse mit 24,0%, was dem doppelten Wert der Gesamtstadt entspricht.

## SGB-II-Quote unter 18-Jahren in den Bezirken



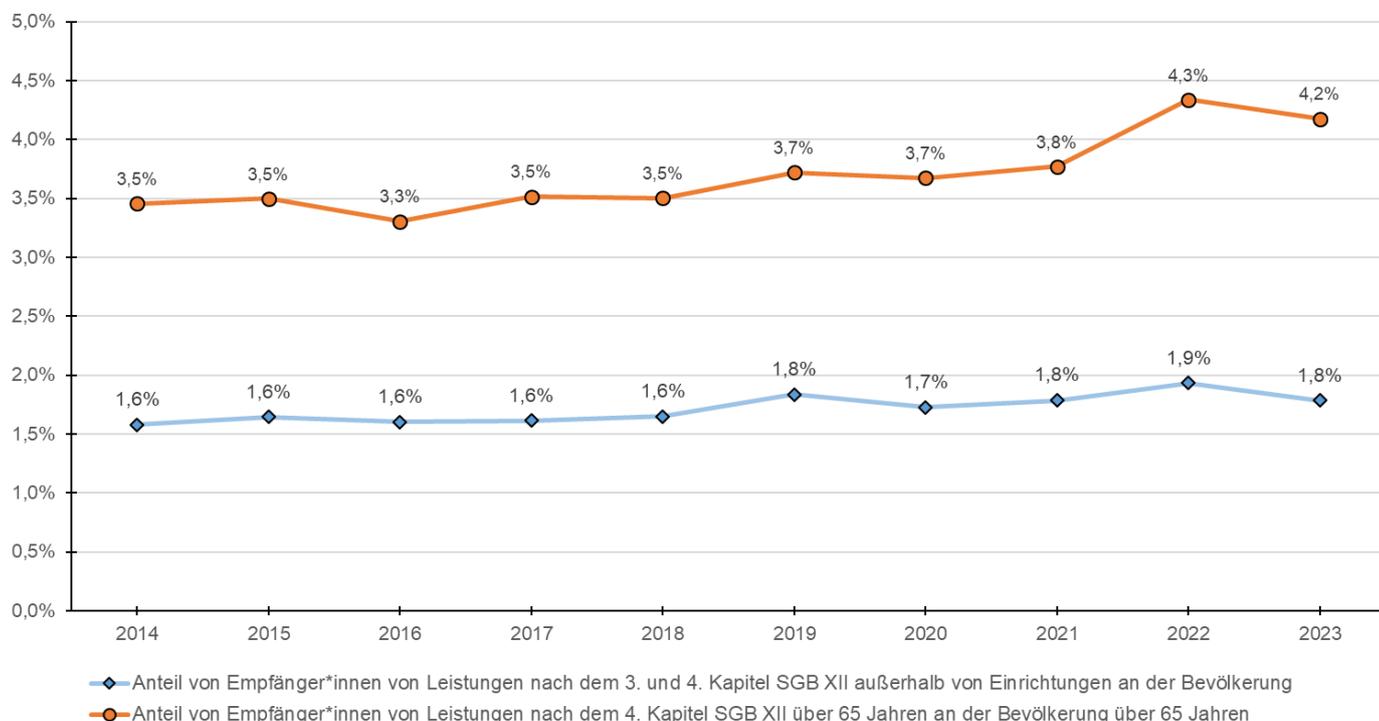
Ein ähnliches Bild wie bei der SGB-II-Quote insgesamt ergibt sich auch bei der SGB-II-Quote der Kinder und Jugendlichen, auch wenn diese mit 18,8% für die Gesamtstadt deutlich höher ausfällt.

Räumliche Schwerpunkte sind wieder die Innenstadtbezirke 01 Innenstadt Staberg/Knapp, 03 Grünewald und 04 Tinsberg/Kluse. In diesen Bezirken bezieht mindestens jedes vierte Kind Leistungen nach dem SGB II.

Im Kontrast dazu sind es in den peripher gelegenen, zusammengelegten Bezirken 07 Wetringhof und 09 Brüninghausen/Augustenthal nur ca. jedes 21. Kind.

## Sozialhilfe insgesamt und über 65 Jahre

Anteil von Leistungsempfänger\*innen nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII außerhalb von Einrichtungen insgesamt und über 65 Jahren an der Bevölkerung insgesamt bzw. über 65 Jahren, 2014-2023 (Dezember)



Quelle: FD 50.2 Sonstige soziale Dienste und Verwaltung, FD 33 Bürgeramt

Stadt Lüdenscheid - Stabsstelle Demografie/Sozialplanung

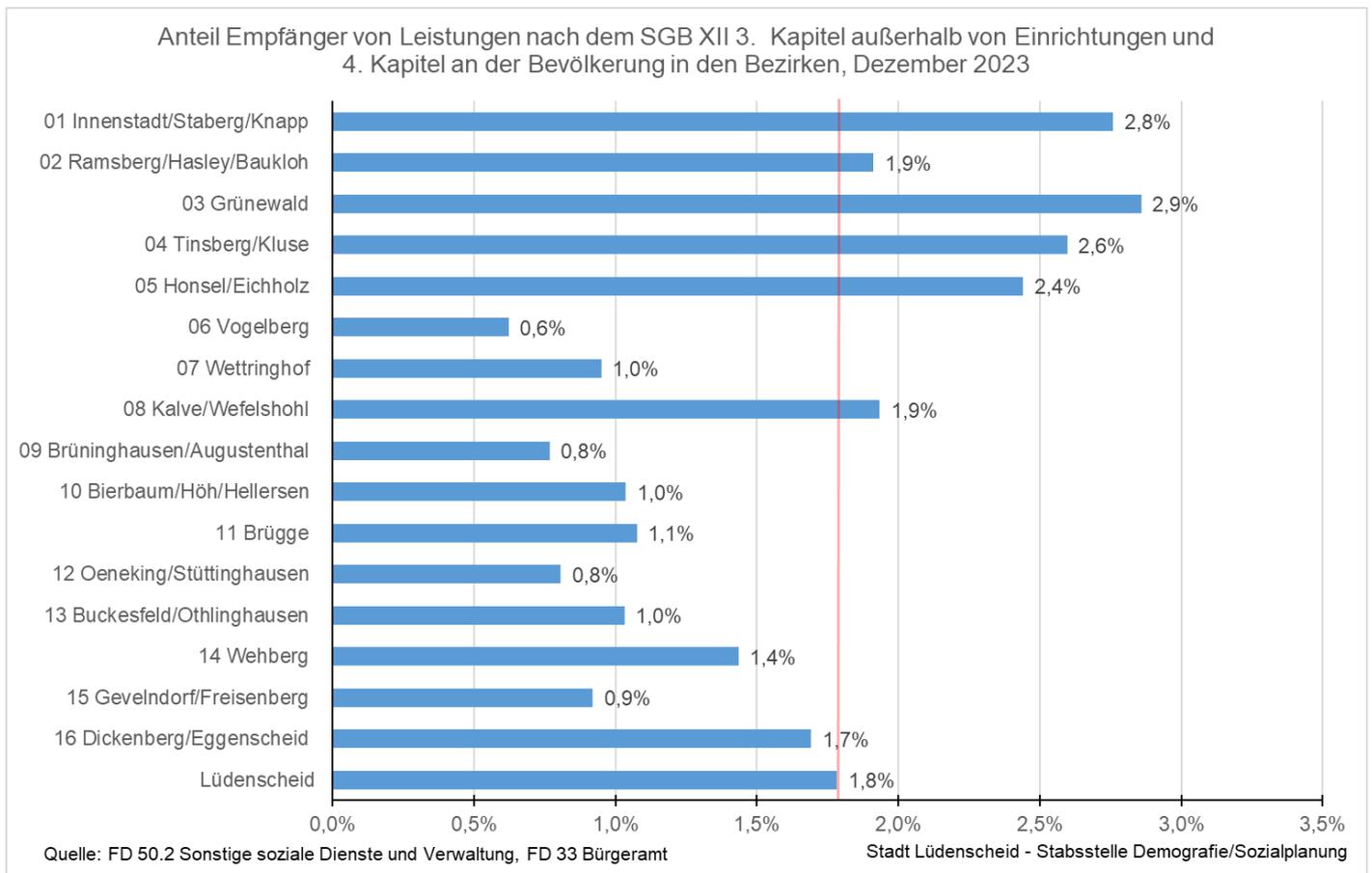
Bei den Leistungsempfänger\*innen von Sozialhilfe wird zwischen der Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII) und der Grundsicherung (4. Kapitel SGB XII) unterschieden. Die Grundsicherung umfasst Personen über 65 Jahre bzw. Personen unter 65 Jahre, die auf Dauer erwerbsgemindert sind.

Im Dezember 2023 bezogen 1.308 Lüdenscheider\*innen Hilfen zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung nach dem SGB XII, davon empfangen 687 Personen Grundsicherung im Alter.

Auch wenn der Wert im Vergleich mit 2022 leicht zurückgegangen ist, lässt sich insgesamt beim Anteil der Leistungsempfänger\*innen von Sozialhilfe nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII von 2014 bis 2023 ein Anstieg von 1,6% auf 1,8% beobachten.

Von 2014 bis 2019 scheint der Anteil von Empfänger\*innen von Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII über 65 Jahren relativ stabil um die 3,6% zu liegen. Seitdem kam es zu einem Anstieg. Im Dezember 2022 lag der Anteil bei 4,3%, ist seitdem aber wieder leicht auf 4,2% gesunken.

## Sozialhilfe in den Bezirken

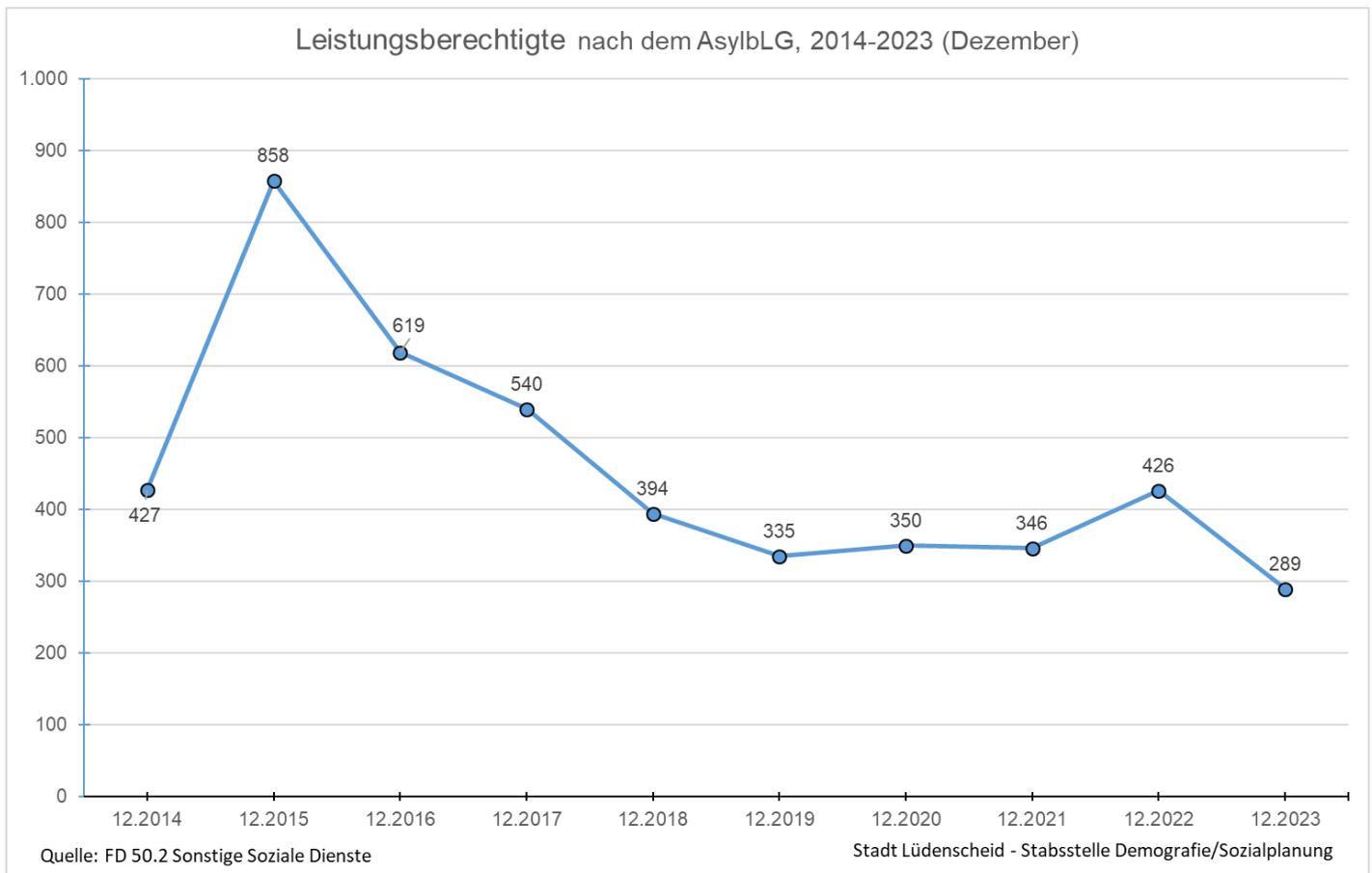


Bei der räumlichen Betrachtung des Anteils der Empfänger\*innen von Sozialhilfe nach dem 3. und 4. Kapitels des SGB XII außerhalb von Einrichtungen ergibt sich ein ähnliches Bild wie schon bei der Betrachtung der SGB-II-Quoten.

Der Anteil ist besonders hoch in den Innenstadtbezirken 03 Grünewald, 01 Innenstadt/Staberg/Knapp und 04 Tinsberg/Kluse, gefolgt von den Bezirken 02 Ramsberg/Hasley/Baukloh und 05 Honsel/Eichholz.

Besonders geringe Anteile unter einem Prozent sind in den Bezirken 06 Vogelberg, 09 Brüninghausen/Augustenthal, 12 OeneKing/Stüttinghausen und 15 Gevelndorf/Freisenberg zu verzeichnen.

## Leistungsempfänger\*innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz



In Folge der Flüchtlingskrise kam es zwischen 2014 und 2015 zu einem deutlichen Anstieg der Empfänger\*innenzahl auf 936 Leistungsempfänger\*innen. Danach kommt es, abgesehen von einem Anstieg 2022; zu einem kontinuierlichen Rückgang.

Ende 2023 gab es in Lüdenscheid 289 Leistungsempfänger\*innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Dieser Wert ist der niedrigste seit 2014.

Der Rückgang erklärt sich daraus, dass mittlerweile mehr Schutzbedürftige einen rechtlichen Status zuerkannt bekommen haben, der ihnen entweder erlaubt eine Erwerbstätigkeit nachzugehen oder der zu einem Rechtskreiswechsel zum SGB II führt. Zudem wurden Hürden abgebaut, die eine Arbeitsaufnahme erschwert oder sogar ganz untersagt haben. Auch dadurch ist dieser Personenkreis nicht mehr auf staatliche Transferleistungen angewiesen.

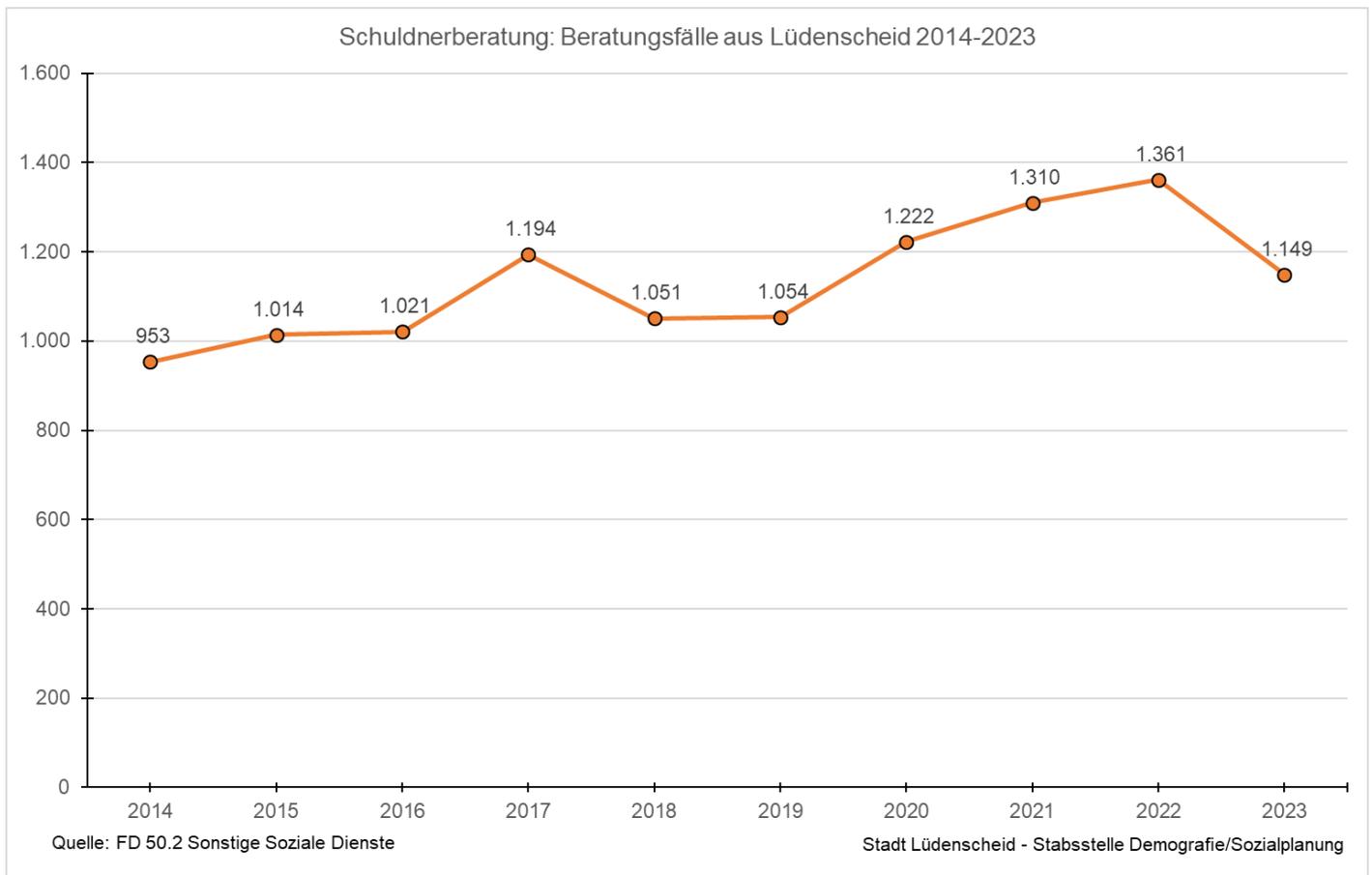
## Beratungen zu Verbraucherinsolvenzen im Zeitverlauf



2023 gab es 170 Verbraucherinsolvenzen bei der Schuldnerberatung.

Dieser Wert stellt einem Rückgang zum Vorjahr dar. Damals wurden 228 Insolvenz-Fälle betreut. In der Entwicklung lässt sich zwischen 2014 bis 2018 ein schwankender Wert der Verbraucherinsolvenzen beobachten. Zwischen 2018 und 2020 geht die Zahl der Insolvenzfälle nochmal deutlich zurück, was sich durch das Warten auf neue gesetzliche Regelungen, u.a. die Verkürzung der Wohlverhaltensphase, erklärt. Zwischen 2020 und 2021 kommt es, verbunden mit dem nachholen von aufgeschobenen Insolvenzanträgen, zu einem deutlichen Anstieg der Fälle.

## Beratungsfälle in der Schuldnerberatung im Zeitverlauf

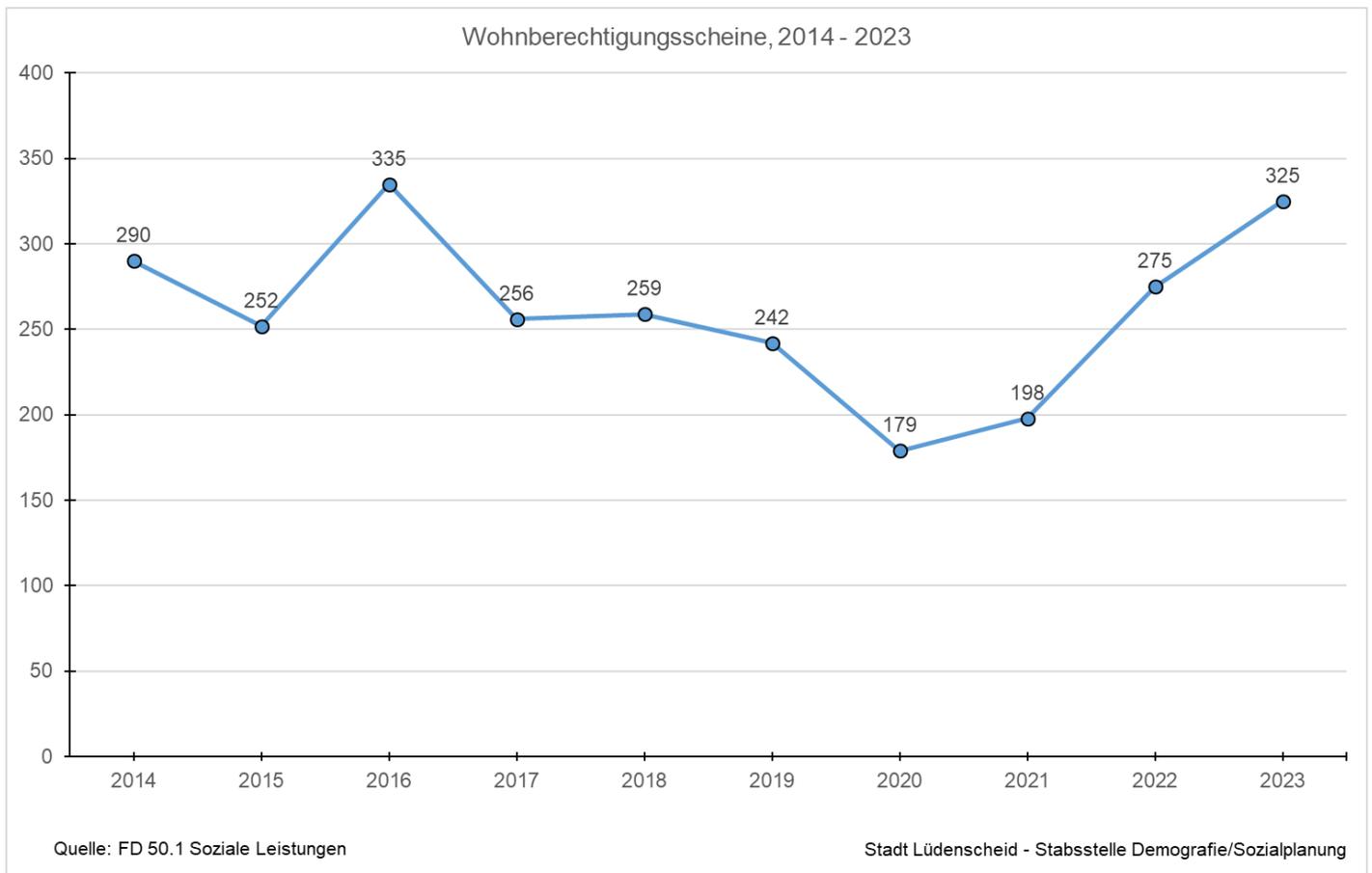


In Lüdenscheid gab es im Jahr 2014 953 Beratungsfälle. Es folgt ein Anstieg auf 1.194 Fälle bis 2017, gefolgt von einem erneuten Rückgang. Ab 2019 steigt die Zahl der Beratungsfälle kontinuierlich. 2022 wird der Höchstwert im Beobachtungszeitraum mit 1.361 Beratungsfällen erreicht. Im Jahr 2023 waren es 1.149 Beratungsfälle.

In der beraterischen Praxis wird ein Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, insbesondere Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit, und dem Anstieg der Beratungsfälle sowie in Folge der Insolvenzanträge (siehe vorherige Seite) gesehen.

Die Lüdenscheider Schuldnerberatung ist nicht nur für Lüdenscheid zuständig, sondern versorgt noch die umliegenden Gemeinden Halver, Herscheid, Kierspe, Meinerzhagen und Schalksmühle. Etwa zwei Drittel der Beratungsfälle kommen direkt aus Lüdenscheid, etwa ein Drittel aus den mitversorgten Gemeinden. Die Zahlen der mitversorgten Gemeinden sind hier nicht mit dargestellt.

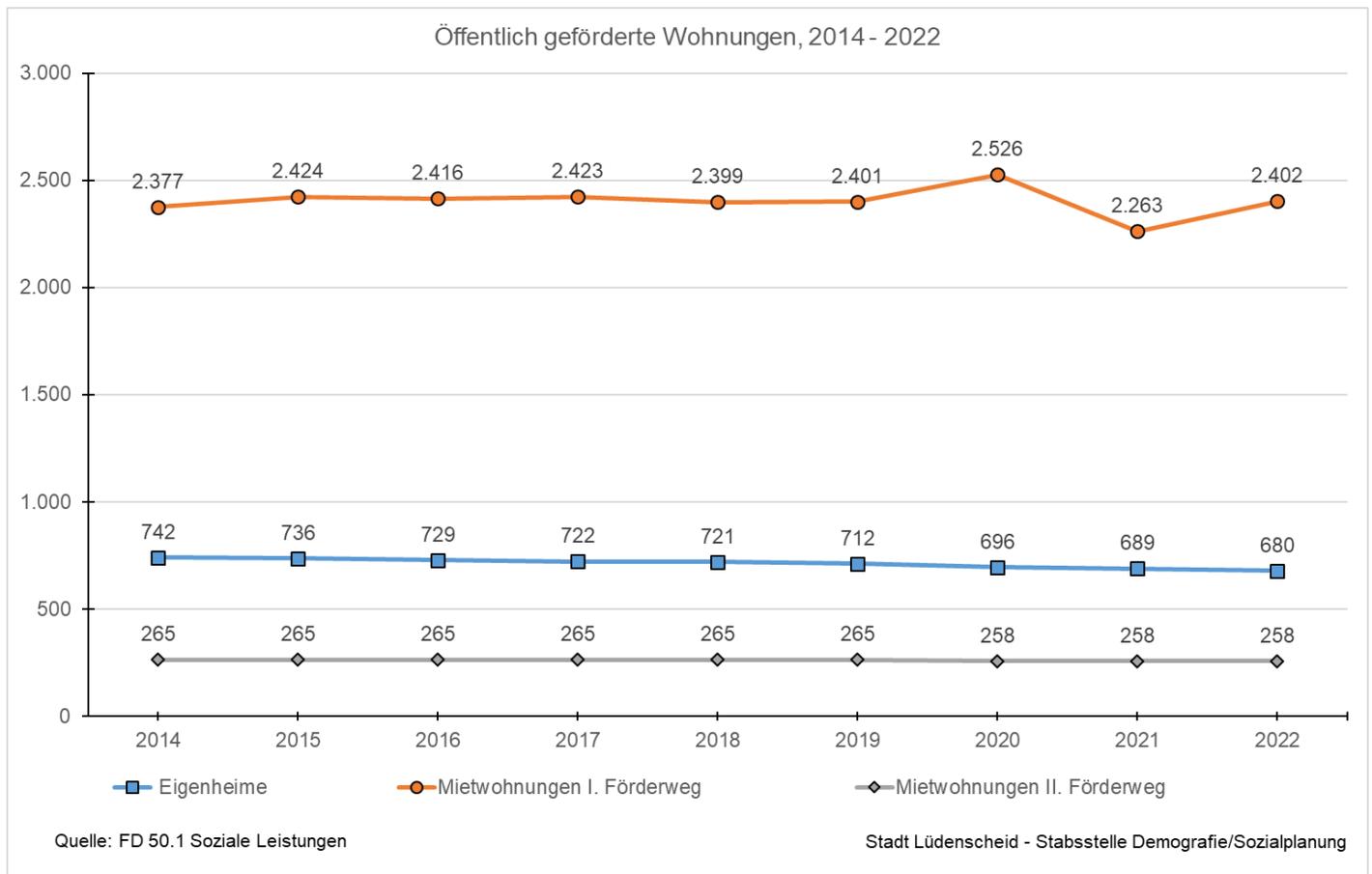
## Wohnberechtigungsscheine im Zeitverlauf



Wohnberechtigungsscheine haben eine Gültigkeit von einem Jahr. Sie sind ein Indikator für die Nachfrage nach kostengünstigen Wohnraum.

Die Anzahl der ausgegebenen Wohnberechtigungsscheine schwankt im beobachteten Zeitraum stark. Im Jahr 2014 wurden 290 Wohnberechtigungsscheine ausgegeben, im Jahr 2020 waren es nur 179. Danach kam es zu einem deutlichen Anstieg auf 325 Fälle im Jahr 2023.

## Geförderter Wohnraum im Zeitverlauf

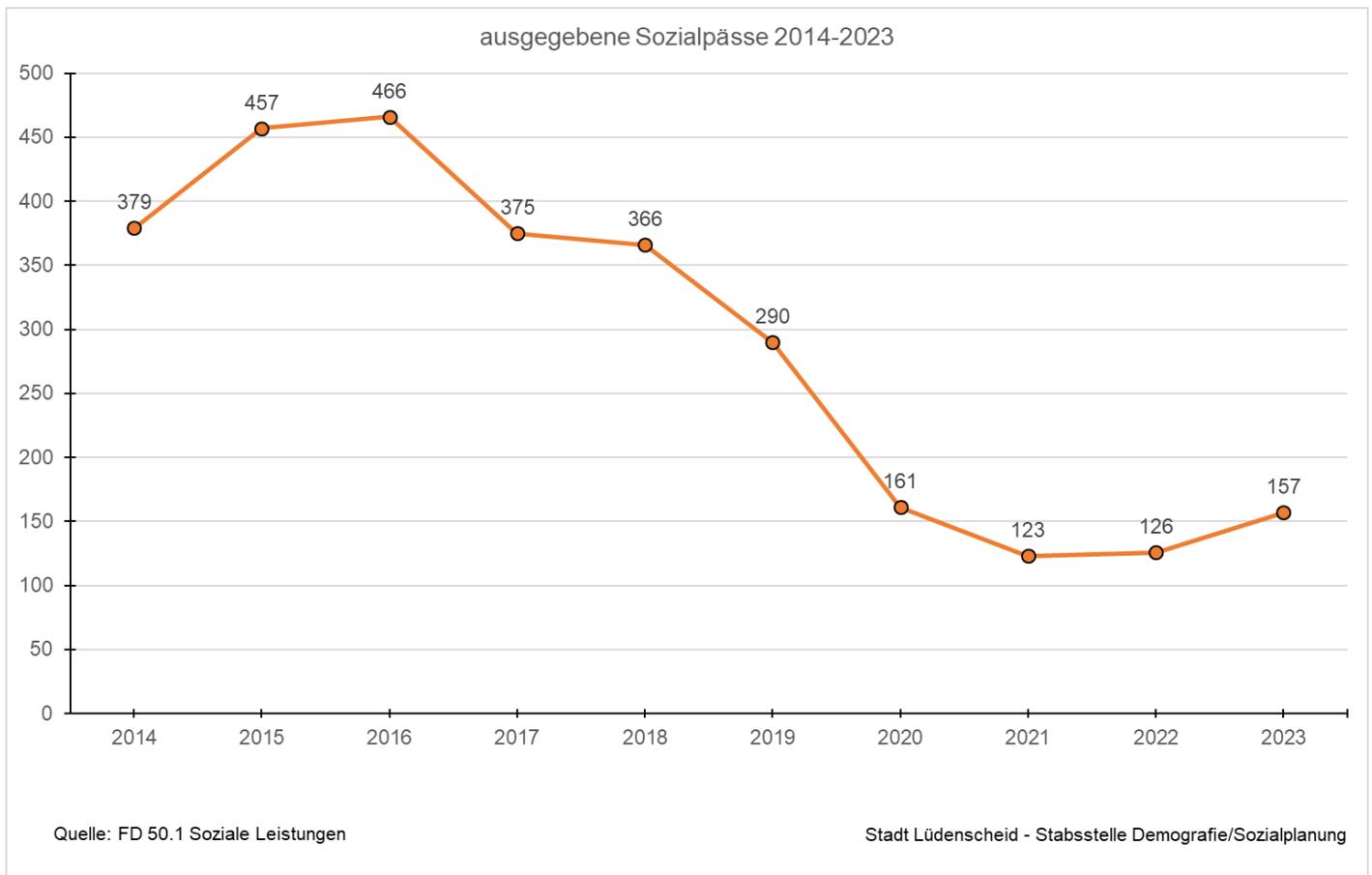


Es gibt wesentlich weniger geförderte Eigenheime und Mietwohnungen im II. Förderweg als Mietwohnungen im I. Förderweg. 2022 gab es 2.402 Mietwohnungen im I. Förderweg, 258 Mietwohnungen im II. Förderweg und 680 geförderte Eigenheime.

Bei Eigenheimen und Mietwohnungen im II. Förderweg kam es zwischen 2014 und 2022 zu einem kontinuierlichen Rückgang. Die Zahl geförderter Eigenheime sank von 742 auf 680 Häuser, die der Mietwohnungen im II. Förderweg von 265 auf 258 Wohnungen.

Die Anzahl der Mietwohnungen im I. Förderweg bleibt hingegen zwischen 2014 und 2019 relativ stabil zwischen 2.377 (2014) und 2.423 (2017). 2020 kommt es erst zu einem deutlichen Anstieg auf 2.526 geförderten Wohnungen und schwankt seitdem. Dies erklärt sich durch den Neubau geförderter Wohnungen sowie dem Entfallen von Wohnungen aus der Mietpreisbindung durch die Rückzahlung der Darlehen.

## Sozialpassinhaber\*innen im Zeitverlauf



Von 2014 bis 2016 steigt die Zahl der ausgegebenen Sozialpässe von 379 um 87 auf insgesamt 466 Pässe.

Bis 2021 sind die Zahlen der Anträge und ausgegebenen Pässe rückläufig. 2021 gab es nur 123 ausgegebene Pässe. Bis 2023 kam es wieder zu einem leichten Anstieg der Anträge auf 157 ausgegebenen Pässe.

Die Entwicklung der ausgegebenen Pässe folgt in der Regel der Zahl der Anträge. Ausnahmen sind die Jahre 2015-16, wo die Zahl der Anträge rückläufig ist, die Zahl der Anträge aber leicht steigt; sowie die Jahre 2013-14, wo zwar die Anträge auf Sozialpässe zunehmen, die Zahl der ausgegebenen Pässe aber sinkt.

## Literaturverzeichnis

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Hrsg.) (2020) Sozialbericht NRW 2020. Armuts- und Reichtumsbericht

Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2023) Paritätische Armutsbericht. Zwischen Pandemie und Inflation. 2. Auflage

DESTATIS (Hrsg.) (2023) Sonderauswertung zu Sterbefallzahlen 2020 bis 2023; im Internet unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbefallzahlen.html#636714> (zuletzt abgerufen am 7.9.2023)